



**Zehn Jahre
nach dem Nein zum EWR-Vertrag**

Eine Standortbestimmung mit Ausblick

von Christoph Blocher, Herrliberg

Bilanz einer schicksalhaften Abstimmung und
Schlussfolgerungen für die Schweiz von morgen

Dezember 2002

Zehn Jahre nach dem EWR-Nein

Inhalt	Seite
I. Einleitendes Resümee	3
1. "Ohne EWR kann die Schweiz nicht überleben."	3
2. Kehrtwende der Wirtschaft	3
3. EWR-Nein hat EU-Beitritt verhindert	5
II. Zum EWR-Vertrag und seinen möglichen Folgen	8
1. Wozu ein europäischer Wirtschaftsraum (EWR)?	8
2. Der doppelzüngige Bundesrat	9
3. Was wären die Folgen des EWR-Vertrages gewesen? Zusammenfassung der Gegenargumente	10
III. Wo steht die Schweiz nach zehn Jahren EWR-Nein?	13
1. Übersicht	13
2. Die Wirtschafts-Argumente der EWR-Befürworter	14
3. Eine Bilanz der Schweizer Wirtschaft ohne EWR/EU-Mitgliedschaft	15
3.1. Schweizerische Wettbewerbsfähigkeit – Abwanderung von Schweizer Firmen in den EU-Raum?	15
3.2. Investitionen in der Schweiz	16
3.3. Konkurrenzfähigkeit	17
3.4. Vertrauen in die Schweizer Währung	17
3.5. Zinsinsel Schweiz	19
3.6. Inflation	19
3.7. Exporte und Bruttoinlandprodukt (BIP)	20
3.8. Lohnniveau in der Schweiz	20
3.9. Arbeitslosigkeit in der EU und in der Schweiz	21
3.10. Positive Bilanz der Schweiz	22
3.11. Schwaches Wirtschaftswachstum in der Schweiz	23
3.12. Das grosse ABER – innenpolitisches Versagen	23
IV. Die Europäische Union seit dem 6. Dezember 1992	25
1. Von der Europäischen Gemeinschaft (EG) zur Europäischen Union (EU)	25
2. Zunehmende Machtkonzentration und Zentralisierung	25
3. Die Währungsunion	26
4. Wohin steuert die Europäische Union?	27
4.1. Zentralisierung	27
4.2. Fragwürdiges Demokratieverständnis	27
4.3. Grösse um jeden Preis	28
V. Die Schweiz und Europa – Europa und die Schweiz	29
1. Die bilateralen Verträge I sind schlechte Verträge	29
2. Die Schweiz muss ihre Probleme selber lösen	29
3. Der Bundesrat spaltet das Land	30
4. Die regierenden Parteien und das EU-Bekenntnis	30
5. Die Schweiz kann mit einem EU-Beitritt nur verlieren	31
6. Der EU-Beitritt muss verhindert werden	32
VI. Anhang	33

I. Einleitendes Resümee

1. "Ohne EWR kann die Schweiz nicht überleben."¹

(Kurt Illi, Verkehrsdirektor der Stadt Luzern)

Am 6. Dezember 2002 sind es zehn Jahre her, dass Volk und Stände den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt haben. Bei einer Stimmbeteiligung von über 78% haben sich die Bürgerinnen und Bürger für einen eigenständigen Weg, **den schweizerischen Weg in Europa und der Welt**, entschieden. Dieser Abstimmungskampf war die erste grosse und heftig geführte Auseinandersetzung um die Europa-Frage. Für einen EWR-Beitritt wurden vor allem ökonomische Gründe geltend gemacht. Die Wirtschaftsverbände warnten vereint mit der Classe politique, den Massenmedien, Gewerkschaften und Hochschullehrern eindringlich vor einem Nein zum EWR-Vertrag. Unser Land würde nicht mehr konkurrenzfähig sein, war der Grundtenor der offiziellen Schweiz. Die EWR-Befürworter prophezeiten Inflation, Instabilität und Arbeitslosigkeit. Höheres Zinsniveau, Investitionsrückgänge, Exporteinbussen wären die fatalen Folgen, so die einhellige Meinung. Mittlerweile ist die Zukunft von gestern Vergangenheit geworden. Zehn Jahre Abstand ermöglichen eine nüchterne Bestandesaufnahme der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung und bestätigen den Befund der ersten Standortbestimmung von 1997²: **Die apokalyptischen Voraussagen über eine Schweiz ohne EWR haben sich als gigantische Fehlprognosen erwiesen.** Wir haben ohne EWR überlebt. **Wir haben dank dem Nein zum EWR sogar sehr gut überlebt!** Die Schweiz konnte ihren Wohlstand gerade ausserhalb von EWR und EU behaupten.

2. Kehrtwende der Wirtschaft

Die vormals EU-begeisterte Wirtschaft hat mit ihrem neuesten Positionspapier³ eine bemerkenswerte **aussenwirtschaftspolitische Kehrtwendung** vollzogen. Der Dachverband der Wirtschaft, Economiesuisse, hat in seiner "Standortbestimmung zur schweizerischen Integrationspolitik" eine EU-Mitgliedschaft für die Schweiz klar negativ beurteilt. Manche Ökonomen und Wirtschaftsführer haben sich in der Zwischenzeit dieser Analyse angeschlossen⁴. All diesen Analysen ist gemeinsam,

¹ Cash, 27.11.1992.

² Christoph Blocher: Eine Standortbestimmung, 5 Jahre nach dem Nein der Schweiz zum Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), Dezember 1997.

³ Economiesuisse: Standortbestimmung zur schweizerischen Integrationspolitik, Oktober 2002:

- "Ein Beitritt zur EU steht in absehbarer Zeit nicht zur Diskussion, und ein Beitritt zum EWR ist nicht mehr sinnvoll."

- "Der EWR-Vertrag zwingt die am EWR beteiligten EFTA-Länder zur Übernahme von Bestimmungen in einem Ausmass und in Gebieten, die sich nach Auffassung der Schweizer Wirtschaft nachteilig auswirken könnten."

- "Die Frage des Beitritts der Schweiz zur EU kann wirtschaftlich kaum begründet werden."

⁴ - "Ich verstehe mich auch keinesfalls als Europagegner. Aber ich bin Ökonom, und als solcher fühle ich mich verpflichtet, die Ergebnisse unserer Forschungen und Analysen zu publizieren. Dazu gehört auch die schmerzliche Erkenntnis, dass die Optionen 'bilaterale Verträge' und 'EWR 2' zu relativ günstigen

dass sie nun auf innerstaatliche Reformen⁵ setzen. Das EWR-Nein von 1992 hat diese wichtige Neueinschätzung überhaupt erst ermöglicht. Die vorliegende Schrift geht wiederum drei Hauptfragen nach: Erstens, wie argumentierten die EWR-Befürworter im Vorfeld der Abstimmung von 1992? Was ist – zweitens – von der damaligen Angstpropaganda tatsächlich eingetroffen? Und schliesslich: Welches sind die Schlussfolgerungen für **den künftigen Weg der Schweiz ausserhalb der Europäischen Union?**

Konditionen die gewünschten wirtschaftlichen Vorteile weitgehend bringen können. Dagegen wird der Beitritt zur Europäischen Union zumindest mittelfristige mehr Kosten verursachen, als er an zusätzlichen Öffnungs- und Effizienzgewinnen zu generieren vermag." Christoph Koellreuter, Chefökonom der BAK Konjunkturforschung Basel, Weltwoche, 10.12.1998.

- "Wirtschaftlich ist der Alleingang machbar." Heinz Hauser, EU-Befürworter und Ökonomieprofessor in St. Gallen, Facts, 16.4.1998.
- "Wenn schon weitere bilaterale Verhandlungen mit der EU, müssten sie die Position der schweizerischen Volkswirtschaft insgesamt verbessern." Gregor Kündig, Sekretär Economiesuisse, Facts, 7.2.2002.
- "Ich meine, dass die Schweiz versuchen sollte, den eigenen Weg zu gehen und nicht Mitglied der EU zu werden. Es braucht in Europa so etwas wie die Schweiz. Ich teile die Meinung nicht, aus wirtschaftlichen Gründen müsse das Land beitreten. Die bilateralen Verträge sind ausreichend. Der Franken ist sicher hoch bewertet, aber bis jetzt hat er keinen Schaden verursacht – im Gegenteil." Karl Otto Pöhl, 1980 bis 1993 Präsident der Deutschen Bundesbank, SPD-Parteimitglied und vehementer Befürworter auch der politischen Unionierung Europas, Bilanz 1.9.2002.
- Auch Luqman Arnold, damaliger Chef der UBS, meinte am 16.8.2001 in der Weltwoche: "Wenn Sie morgen im EU-Raum eine Umfrage starten würden mit der Möglichkeit, entweder das EU-Modell zu billigen oder das demokratische System der Schweiz einzuführen, würde Letzteres eine überwältigende Mehrheit erzielen. Tatsache ist doch, dass in der EU der Einzelne kaum mehr eine Stimme zum Wählen hat, während in der Schweiz die vielen Abstimmungen auch in den Kantonen einen grossen Einfluss auf die gesamte Entwicklung haben. Das Schweizer Modell hat für viele Ausländer eine ausserordentlich grosse Anziehungskraft."
- Marcel Ospel, Verwaltungsratspräsident der UBS, sprach nach den Sanktionsandrohungen der EU wegen des Bankkundengeheimnis von einer "Koexistenz" der Schweiz mit der EU. Financial Times, 8.10.2002.

⁵ Economiesuisse, Ausgabenkonzept, Diskussionsplattform der Wirtschaft zu den öffentlichen Finanzen, Juni 2002.

Analyse der wesentlichen Faktoren aus Wirtschaftssicht:

Die nachfolgende Analyse ist die Analyse des Wirtschaftsdachverbandes und nicht die des Verfassers:

Die Anzahl Pfeile gibt die Gewichtung in den einzelnen Dossiers an.⁶

- ↗ In diesen Fällen hätte ein Beitritt der Schweiz zur EU positive Auswirkungen
- ↘ In diesen Fällen hätte ein Beitritt negative Auswirkungen
- In diesen Fällen hätte der Beitritt keine besonderen Auswirkungen.

Staatspolitische Fragen / Staatsaufbau	↘
Direkte Demokratie	↘
Föderalismus	↘
Institutionelle Mitwirkung in der EU	→
Zusätzliche Nettobelastung des Bundeshaushalts	↘↘
Warenverkehr	↗
Dienstleistungsverkehr	↗
Kapitalverkehr	→
Personenverkehr	→
Wettbewerbspolitik	→
Geld- und Währungspolitik	↘↘↘
Finanz- und Steuerpolitik	↘↘↘
Sozialpolitik	↘↘↘
Umweltpolitik	→
Bildungs- und Forschungspolitik	→
Energiepolitik	→
Informationsgesellschaft	↗
Agrarpolitik	↗
Bodenpolitik	→
Verkehrspolitik	→
Rechtsfragen	→
Ausländer- und Asylpolitik	→
Innere Sicherheit, Kriminalität	→
Aussen- und Sicherheitspolitik	↘

[Quelle: Economiesuisse, Oktober 2002]

3. EWR-Nein hat EU-Beitritt verhindert

Ein zusammenfassender Rückblick zeigt, dass **eine unabhängige, aber weltoffene Schweiz ein Erfolgsmodell** darstellt, **solange dieses Erfolgsmodell nicht unterlaufen bzw. aufgegeben wird**. Unabhängigkeit, Neutralität und der Wille zur Eigenverantwortung sind das Fundament **für eine erfolgreiche Schweiz in Wohlstand und Sicherheit**. Darum musste 1992 der EWR-Vertrag aus politischen, wirtschaftlichen, aber auch historisch-kulturellen Überlegungen heraus abgelehnt werden:

⁶ Die Bereiche mit positiver Beurteilung sind entweder von relativer Bedeutung (Stichwort "Informationsgesellschaft") oder werden durch internationale/weltweite Handelsrichtlinien vorweggenommen.

- Das EWR-Nein verhinderte den bereits anvisierten EU-Beitritt.
- Sämtliche wirtschaftlichen Horrorszenarien ohne EWR-Mitgliedschaft sind nicht eingetroffen.
- Unabhängigkeit, Föderalismus und Neutralität sichern den inneren Zusammenhalt der Schweiz. Eine Europäische Union mit ihrer angestrebten eigenen Sicherheits- und Aussenpolitik zerstört die historischen Grundlagen unseres Kleinstaates.
- Der Beitritt zur EU muss deshalb auch künftig zum Wohl der Schweiz und zum Wohl ihrer Bürger verhindert werden.

Die offizielle Schweiz verfolgt nach wie vor das Ziel eines EU-Beitritts. Sie kann diesen Beitritt allerdings nicht gegen den Willen des Volkes durchdrücken. Das verunmöglichen unsere direktdemokratischen Einrichtungen, allen voran das fakultative und obligatorische Referendum. Aus diesen Gründen ist es verständlich, dass **die politischen Eliten versuchen, unsere direktdemokratischen Institutionen zu schwächen**; etwa durch den Abbau des Föderalismus oder durch angekündigte Regierungsreformen, die als "Anpassungen"⁷ an Europa verbrämt werden. Das Schweizer Volk hat die Regierenden unmissverständlich zur Wahrung der Unabhängigkeit unseres Landes verpflichtet⁸. Trotzdem hält der Bundesrat am Beitrittsgesuch fest und bezeichnet neuerdings die EU-Mitgliedschaft als "ein sich in Arbeit befindliches Projekt"⁹. **Diese Zwitterhaltung schadet unserem Land enorm.** Sie schwächt unsere Verhandlungsposition gegenüber der EU in den sektoriellen Abkommen¹⁰, und der Bundesrat fördert mit seiner Doppelzüngigkeit die Spaltung unseres Landes. Wie die einschlägigen Abstimmungen¹¹ gezeigt haben, fühlt sich **mindestens die Hälfte der Schweizer Bevölkerung** durch die Politik von Bundesrat und Parlamentsmehrheit **nicht mehr vertreten**. Ungeachtet dessen wird die EU weiterhin als "Vision"¹² gepriesen. Was aber besonders "visionär" sein soll, mit allen anderen zu marschieren und einen Zustand der totalen Vereinheitlichung

⁷ - "Dies ist die Stunde der Wahrheit für die Europa-Befürworter. An uns ist es jetzt zu zeigen, dass wir fähig und willens sind, mit Weitsicht die im Interesse unseres Landes notwendigen Anpassungen vorzubereiten. Für mich jedenfalls hat die Arbeit bereits begonnen!" Bundesrat Josef Deiss, Rede an der Generalversammlung des Europa Instituts der Universität Zürich, 29.5.2000.

- "Ein EU-Beitritt bedingt noch umfassende innenpolitische Vorarbeiten. Ich denke etwa an die Regierungsreform oder an die Debatte über unsere direkte Demokratie." Josef Deiss, Basler Zeitung, 22.5.2000.

- "Diesem Vorteil steht der Nachteil entgegen, dass die von der Schweiz in diesen Fragen vertretenen Positionen überstimmt werden können und dass Teile der uns am Herzen liegenden institutionellen Besonderheiten der Schweiz (Volksrechte, föderales Gleichgewicht, Steuersystem, zahlenmässig kleine Regierung) teilweise berührt bzw. eingeschränkt und den veränderten Verhältnissen angepasst werden müssten." Integrationsbericht 1999, S. 398. Es bleibt zu anmerken, dass unter dem verwaltungstechnischen Begriff "anpassen" nur *abschaffen* gemeint sein kann.

⁸ Das Stimmvolk schmetterte die Initiative "Ja zu Europa" am 4.3.2001 mit 76,8% Nein ab.

⁹ Bundesrat Josef Deiss, Neue Zürcher Zeitung, 30.5.2000.

¹⁰ Selbst der ehemalige Staatssekretär Franz Blankart, der die Verhandlungen zum EWR geleitet hatte, meint heute, man könne nicht EU-Kandidat sein und gleichzeitig bilaterale Abkommen aushandeln. Entweder nehme der Bundesrat Beitrittsverhandlungen auf oder ziehe das Beitrittsgesuch zurück. "Tertium non datur", fasst Blankart zusammen." NZZ am Sonntag, 27.10.2002.

¹¹ Abstimmung über den Einsatz von "Blauhelmen" vom 12. Juni 1994.

Abstimmung zu den Militärgesetzrevisionen vom 10. Juni 2001.

Abstimmung zum UNO-Beitritt vom 3. März 2002.

¹² Die FDP sieht in ihrer "Vision 2007" die Schweiz im Jahr 2007 als Mitglied der Europäischen Union.

herbeizusehnen, ist beim besten Willen nicht auszumachen. Der Basler Historiker Jacob Burckhardt hat schon im 19. Jahrhundert vor einer "Zwangseinheit" Europas gewarnt:

*"Retter Europas ist vor Allem, wer es vor der Gefahr der politisch-religiös-sozialen Zwangseinheit und Zwangsnivellierung rettet, die seine spezifische Eigenschaft, nämlich den vielartigen Reichtum seines Geistes bedroht."*¹³

(Jacob Burckhardt)

Auch wenn sich die Schweiz nicht als Retter Europas aufzuspielen braucht, so soll sie weiterhin ihrem bewährten Weg der Unabhängigkeit zum Nutzen aller folgen. Denn die politische Freiheit erhalten heisst auch, die wirtschaftliche Freiheit und **die Freiheit des Einzelnen** sichern. Diese Erkenntnis ist heute in der Wirtschaft und im überwiegenden Teil der Bevölkerung verankert. Nur der Bundesrat, das Parlament und die meisten Parteien bleiben Gefangene ihrer **voreiligen Beitrittsysterie**. Die Classe politique sitzt in ihrer selbst gestellten **Europa-Falle**.

Bundesrat und Classe politique sitzen in der **Europa-Falle**.

Gegen den Willen des Volkes und gegen alle staatspolitischen und volkswirtschaftlichen Einwände hält der Bundesrat und die offizielle Schweiz am Ziel einer EU-Mitgliedschaft fest.

Das **Vorpreschen** in der Beitrittsfrage hat die Position der Schweiz in den bilateralen Verhandlungen enorm geschwächt.

Dieser **aussenpolitische Amoklauf** hat uns **schlechte Verträge gebracht** und wird uns **auch in zukünftigen Verhandlungen schwächen**.

Aussenpolitischer Aktivismus ist immer ein Zeichen innenpolitischen Versagens. **Statt ihre Inkompetenz nach Brüssel zu delegieren, sollte unsere politische Elite hier und heute für ihr Versagen zur Verantwortung gezogen werden.**

Darum:

Ein EU-Beitritt kommt für die Schweiz nicht in Frage.

Die Verhandlungen zu den bilateralen Verträgen II müssen unter den heutigen Bedingungen abgebrochen werden.

Der Bundesrat muss seine aussenpolitische Zwitterhaltung aufgeben und sein Beitritts-gesuch sofort zurückziehen.

Statt aussenpolitischer Betriebsamkeit müssen endlich die innenpolitischen Missstände angegangen werden:

- **Haushaltsanierung**
- **Steuerquote senken**
- **Schuldenabbau**
- **Zurück mit dem Sozialstaat**

¹³ Jacob Burckhardt, Gesamtausgabe, Weltgeschichtliche Betrachtungen – Historische Fragmente aus dem Nachlass, Band 7, hrsg. von Albert Oeri und Emil Dürr, Basel 1929, S. 370.

II. Zum EWR-Vertrag und seinen möglichen Folgen

1. Wozu ein Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)?

Der EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) wurde geschaffen, um die EFTA-Staaten – darunter auch die Schweiz – stärker an die EG zu binden, und zwar vor allem auf dem Gebiet des Rechts und der Gesetze.

Der EWR-Vertrag hätte die Schweiz verpflichtet, bestehendes EG- und künftiges EG/EU-Gesetz **ohne Vetorecht** neu zu übernehmen und einzuführen. **Der EWR-Vertrag trägt damit das Wesen eines Kolonialvertrages**, der "eine legalisierte Hegemonie"¹⁴ schafft. Die Regierungen, welche den EWR-Vertrag unterzeichnet haben, erklärten denn auch unmittelbar nach der Vertragsunterzeichnung, der EWR-Vertrag könne – mangels Mitentscheidung bzw. mangels Vetorecht – keine dauerhafte Lösung sein. Der EWR-Vertrag galt daher von vornherein als Zwischenlösung zum EU-Beitritt¹⁵. Folgerichtig beschloss der Bundesrat noch vor der EWR-Abstimmung vom 6. Dezember 1992, das EU-Beitritts-gesuch in Brüssel einzureichen, was am 20. Mai 1992 auch tatsächlich geschah. Diese Offenlegung der bundesrätlichen Ziele war zwar abstimmungstechnisch unklug, aber immerhin ehrlich. **Die heutige Bundesratspolitik dagegen ist geprägt von schlauer Unehrllichkeit**¹⁶. Salamitaktik¹⁷, Verschleierung der wahren Absichten und der Missbrauch von Steuergeldern für eine staatlich kanalisierte Propagandamaschine sind die abstossenden Begleiterscheinungen dieser neuen Strategie. Gerade diese Doppelzüngigkeit ist der wesentliche Grund für das tiefe Misstrauen, welches ein Grossteil der Bevölkerung in unserem Land gegenüber der Regierung hegt.

¹⁴ Prof. Daniel Thürer, Neue Zürcher Zeitung, 27.11.1992.

¹⁵ - "Der Bundesrat hat das integrationspolitische Ruder in sicherer Hand. [...] Der Weg geht nach Europa, prioritär in den EWR und in einigen Jahren in die EG." CH-Euro Integration, Werbebroschüre des Bundesrates, 1992.

- "Der Bundesrat schreibt in allen Botschaften und Berichten, in den Botschaften zum EWR-Abkommen und im Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur EG, dass der EWR nur eine Zwischenphase, ein Zwischenschritt auf dem Weg zur vollständigen Integration in dieses Europa, sei. Also müssen wir, wenn wir jetzt über diesen EWR entscheiden, den Blick auch zur EG hinwenden, weil dieser Zwischenschritt irgend etwas präjudiziert." FDP-Nationalrat Ernst Cincera in der EWR-Debatte, 25.8.1992.

- "In meiner persönlichen Meinungsbildung ist der EWR vom gesamten europäischen Integrationsprozess nicht zu trennen." SP-Nationalrätin Gret Haller in der EWR-Debatte, 25.8.1992.

- "Meine Damen und Herren Befürworter, zerhacken Sie doch nicht immer die politischen Zusammenhänge zu Kurzfutter! Der EWR hat mit der EG zu tun, der Transitvertrag mit beiden und die Neat mit allen dreien." Grünen-Nationalrat Peter Schmid in der EWR-Debatte, 26.8.1992.

- "Wir beschlossen, den EG-Beitritt als Ziel unserer europäischen Integrationspolitik festzulegen und den EWR als eine besonders auch innenpolitisch wichtige Etappe in Richtung auf dieses Ziel zu betrachten." Integrations-bericht des Bundesrates (92.053), Seite IV/2, 1992.
Siehe auch Anmerkungen 17 und 19.

¹⁶ Ein Beispiel der Doppelzüngigkeit aus der Abstimmung zu den bilateralen Verträgen I: Die offizielle Haltung des Bundesrats war: "Die bilateralen Verträge sind ein eigenständiger und selbständiger Schritt und haben mit einem EU-Beitritt nichts zu tun." (Bundesrat Moritz Leuenberger, SF DRS, 13.5.2000) Einen Tag nach der Abstimmung aber meinte Bundesrat Deiss: "Die bilateralen Verträge sind ein wichtiger Schritt hin zur EU." (Basler Zeitung, 22.5.2000).

¹⁷ FDP-Parteipräsident Franz Steinegger in der SonntagsZeitung 1998:
Frage der SonntagsZeitung: "Sie bleiben bei der Salamitaktik: Rädchen um Rädchen, Schritt für Schritt in die EU?"

Antwort von Franz Steinegger: "Ganz klar. In der direkten Demokratie sind konkrete Schritte der einzige Weg, um weiter zu kommen." SonntagsZeitung, 25.10.1998.

2. Der doppelzüngige Bundesrat

Der EWR ist ein "Trainingslager"¹⁸ für die EG (Bundesrat Adolf Ogi)

Der EWR-Vertrag ist eine "legalisierte Hegemonie"¹⁹ (Prof. Daniel Thürer)

Die beiden Eingangszitate von Bundesrat Ogi und Rechtsprofessor Thürer entlarven das eigentliche Wesen des EWR-Vertrages. **Der EWR-Vertrag war kein reines Wirtschaftsabkommen, sondern eine Anbindung der Schweiz an die damalige Europäische Gemeinschaft (EG) mit schweren rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen:** Europäisches Recht stünde über Schweizer Recht und **der EWR-Beitritt hätte zwangsläufig zur EG-Mitgliedschaft geführt²⁰**. In diesem Sinne schrieb auch der Bundesrat einleitend in seiner Botschaft zum EWR-Abkommen:

"Wir [die Bundesräte] betrachten unsere EWR-Mitgliedschaft nicht als letztes Ziel unserer Integrationspolitik, sondern als eine wichtige Zwischenstation jener Politik, welche die Schweiz zu einer vorbehaltlosen [!] Mitgliedschaft in der EG führen soll."²¹

Diese Doppelspurigkeit prägt seither die Aussenpolitik des Bundesrates und damit auch der Schweiz. **Wer eine "vorbehaltlose EU-Mitgliedschaft" anpeilt, kann in bilateralen Verhandlungen nur unbefriedigende bis schlechte Resultate ernten.** Die Aussenpolitik hat sich damit endgültig von den innenpolitischen Interessen und Befindlichkeiten abgekoppelt. Für die politischen Eliten ist die EU-Mitgliedschaft mittlerweile zum persönlichen Prestigeobjekt verkommen. Statt die volkswirtschaftlichen und staatspolitischen Folgen abzuwägen, versucht die Herrschaftsklasse aus Politik, Medien und Kultur die Schweiz mit der Moralkeule für einen EU-Beitritt weich zu klopfen. Um Beitrittskriterien abzubauen, werden schon heute EU-Normen und Gesetze übernommen oder eigene Gesetze auf deren

¹⁸ "Ich sage ja zum EWR und ja zur EG. Der EWR-Vertrag ist bloss ein Trainingslager." Bundesrat Adolf Ogi, Schweizer Illustrierte, 28.10.1991.

Und weitere Beispiele:

- "Deshalb kann der EWR für uns Sozialdemokraten nur eine Etappe auf dem Weg zu einer zukünftigen Mitgliedschaft in einer grösseren EG sein, denn nur damit werden wir selber wieder die Entwicklung Europas, von der wir in jeder Beziehung abhängen, direkt mitbestimmen können." SP-Fraktionssprecher Peter Vollmer, Nationalratsdebatte, 24.8.1992.
- "Der Bundesrat hat das integrationspolitische Ruder in sicherer Hand. [...] Der Weg geht nach Europa, prioritär in den EWR und in einigen Jahren in die EG." Werbebroschüre des Bundesrates "CH-Euro Integration", 1992.

¹⁹ Prof. Daniel Thürer, Neue Zürcher Zeitung, 27.11.1992.

²⁰ Dies bestätigte sogar der deutsche Vizepräsident der EG-Kommission von 1992, Martin Bangemann: "Weltwoche: Sie hätten als Schweizer Politiker Bedenken, dem EWR zuzustimmen, sagten Sie kürzlich. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein?"

Bangemann: Doch. Das ergibt sich aus dem Charakter des EWR, das heisst aus der Stellung, die die EFTA-Länder in diesem Wirtschaftsraum haben. Sie übernehmen vertragsgemäss den gesamten Acquis communautaire, also die gesamte Gesetzgebung, die wir in der Gemeinschaft bisher verabschiedet haben. [...] Aber es ist ja auch vorgesehen, dass in der künftigen Gesetzgebung die Partner im EWR das akzeptieren müssen, was die EG beschliesst. Das heisst, die EFTA ist an der Gesetzgebung nicht in dem Umfang beteiligt, wie das in einer Demokratie üblich ist. [...] Insofern finde ich den Ablauf, den der Bundesrat ursprünglich vorgezeichnet hat, logisch: zuerst EWR, später EG." Weltwoche, 5.11.1992.

²¹ Botschaft des Bundesrates zur Genehmigung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, 18. Mai 1992, I/4.

"Europa-Tauglichkeit" abgestimmt, ohne vorher Qualität und Nutzen dieser neuen Regulierungen für die Schweiz eingehend zu prüfen. Auch dieses Vorgehen dient ganz der unehrlichen Doppelstrategie des Bundesrates. Diese unterwürfige **Anpasserhaltung** soll die Schweiz für den angestrebten EU-Beitritt präparieren. Entsprechend sieht Aussenminister **Josef Deiss** die bilateralen Verträge ebenfalls als reines Anpassungsinstrument: "Es könnte sogar sein, dass wir irgendeinmal bilateral so viele Fragen gelöst haben und damit so nahe an die EU-Mitgliedschaft herangekommen sind, dass es zum Beitritt dann nur noch einen kleinen Schritt bräuchte."²² **Eigenständigkeit heisst eben nicht, einfallslos hinter dem Zauberwort "EU-Kompatibilität" hinterher zu trotten.** Eigenständigkeit heisst, andere und bessere Wege begehen.

3. Was wären die Folgen des EWR-Vertrages gewesen?

Eine Zusammenfassung der Gegenargumente

Politische Konsequenzen in Form von Souveränitätsverlust

- Der EWR-Vertrag war viel mehr als ein Freihandelsvertrag. Er war ein hochpolitischer Vertrag. **Dieser Vertrag hätte uns gezwungen, über 80% des EU-Rechts zu übernehmen.**
- Der EWR-Beitritt war vom Bundesrat von vornherein als Zwischenhalt geplant. Das **Ziel des Bundesrates** war die "**vorbehaltlose Mitgliedschaft**" zur EG. Das **Nein zum EWR durchkreuzte diesen Beitrittsautomatismus.**
- EG-Recht bricht Schweizer Recht. Wir hätten unsere rechtliche Souveränität weitgehend eingebüsst. **Auch künftiges, noch unbekanntes EU-Recht hätte die Schweiz widerspruchslos übernehmen müssen.**
- **Der EWR-Vertrag war ein Kolonialvertrag.** Wie jeder Kolonialvertrag hätte er fremdes Recht über das eigene Landesrecht gestellt. Wie in jeder Kolonie hat das kolonisierte Volk nichts zu sagen. Die Entscheidungsgewalt liegt bei einer kleinen lokalen Vasallenregierung, die sich naturgemäss an den Marschplan der Brüsseler Technokratie zu halten hätte.
- **Beschneidung der Volksrechte** und die schrittweise **Auflösung der Neutralität** wären logische Konsequenzen eines EWR-Beitritts gewesen.

²² Basler Zeitung, 22.5.2000.

Wirtschaftliche Konsequenzen

- Der EWR-Vertrag hätte **tiefere Löhne, höhere Arbeitslosigkeit und mehr Steuerlast** gebracht.
- Die offiziellen Kostenberechnungen für einen EWR- oder EU-Beitritt sind politische Berechnungen. Man kann davon ausgehen, dass die **Folgekosten weit über der budgetierten Milliarde** gelegen wären. Im Falle eines EU-Beitrittes gingen die jährlichen Kosten gegen 5 bis 6 Milliarden, während die offiziellen Stellen von völlig unrealistischen 3 Milliarden Franken ausgehen.
- **Der EWR-Beitritt hätte das Vertrauen in den Schweizerfranken geschwächt.** Unser Wirtschaftsplatz lebt von einer stabilen, starken und unabhängigen Währung. Ein EWR-Beitritt hätte die Anleger verunsichert. Die Folgen davon: höhere Zinsen, Verteuerung der Mieten und Hypotheken, Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, Auslagerung von Unternehmen und Arbeitsplätzen ins Ausland, mehr Arbeitslosigkeit und tiefere Löhne.
- Unsere Qualitätsstandards sind nicht immer "europatauglich", weil diese Standards oft über denjenigen der europäischen Union liegen. Das gilt bei den hochwertigen Gütern, in der Forschung, bei den Dienstleistungen und der Infrastruktur. Das trifft aber auch bei den ökologischen Richtwerten zu. **Eine EWR-Mitgliedschaft hätte eine Nivellierung unserer Stärken nach unten mit sich gebracht.** Dies würde für einen EU-Beitritt erst recht zutreffen.

Das Schweizer Volk hat 1992 den EWR-Vertrag **mit guten Gründen abgelehnt**. Der Souverän hat sich damit für einen **eigenständigen Weg** der Schweiz in **Sicherheit und Wohlstand** entschieden.

Ein EWR-Vertrag oder eine EU-Mitgliedschaft würde die Grundlagen unserer erfolgreichen Schweiz zerstören.

Ein EU-Beitritt heisst europäische Verhältnisse auch für die Schweiz:

- Eurokratie statt direkte Demokratie mit Volksinitiative und Referendum
- Fremdbestimmung durch Politfunktionäre statt wachsame Selbstbestimmung
- Zentralismus statt föderalistische Vielfalt
- verordnete Parteilichkeit statt aussenpolitische Zurückhaltung
- Reglementierungswut statt Handlungsfreiheit
- höhere Arbeitslosigkeit
- politischer Euro statt stabiler Franken
- Lohneinbussen – weniger Kaufkraft
- höhere Schuld- und Hypothekarzinsen
- 30% höhere Wohnungsmieten
- zusätzliche Steuern, Prämien und Abgaben
- Attraktivitätsverlust des schweizerischen Wirtschaftsstandortes
- keine Grenzkontrollen mehr
- Anstieg der illegalen Einwanderung und Kriminalität

Fazit:

Mit dem Nein zum EWR-Vertrag von 1992 konnte der Beitritt zur Europäischen Union verhindert werden.

Mit dem Nein zum EWR-Vertrag konnte ein Kolonialvertrag verhindert werden, der die Unabhängigkeit und Freiheit der Schweiz gefährdet hätte.

Mit dem Nein zum EWR-Vertrag konnte der Schweizer Wohlstand verteidigt werden.

III. Wo steht die Schweiz nach zehn Jahren EWR-Nein?

1. Eine Übersicht

"Nach fünf Jahren Alleingang würden wir aus wirtschaftlichen Gründen die EG auf den Knien bitten, uns um jeden Preis als Mitglied aufzunehmen. Ist das eines unabhängigen Landes würdig?"²³
(Staatssekretär Franz Blankart, 1992)

1997 erschien die erste Standortbestimmung "5 Jahre nach dem Nein der Schweiz zum EWR-Vertrag". Schon nach fünf Jahren war klar: Die Schweiz bettelte weder um Aufnahme in die Europäische Union noch war die prophezeite ökonomische Katastrophe über unser Land hereingebrochen. Nach fünf Jahren dämmerte es auch den Wirtschaftsvertretern: Dass nämlich allfällige Standort Schwierigkeiten der Schweiz hausgemachte Ursachen hatten: schlechtes Management, was die Unternehmen selbst betraf, Schuldenwirtschaft und rasant steigende Steuer- und Staatsquote, was die Politik anging.

In einem schwierigen Umfeld rezessiver Jahre und erhöhtem Druck durch die Globalisierung behauptete sich der Schweizer Wohlstand. **Es zeigte sich, dass die gegebene Wirtschafts- und Staatsordnung die besten Voraussetzungen auch für den internationalen Wettbewerb bietet.** Die düsteren Voraussagen der Angstmacher und EWR-Befürworter traten nicht ein. **Diese monströsen Fehlprognosen der politischen und wirtschaftlichen Eliten müssen hellhörig machen – auch für zukünftige Entscheide.**

Entgegen allen Voraussagen weist der Finanz- und Produktionsplatz Schweiz heute im Vergleich zur EU günstigere Daten aus²⁴:

- Unter den europäischen Staaten nimmt die Schweiz wirtschaftlich eine Spitzenstellung ein.
- Die Wettbewerbsfähigkeit ist weltweit vorteilhaft und liegt weit über den EU-Ländern.²⁵
- Punkto Zinsen, Inflation, Lohnniveau und Wohlstandsniveau schneidet die Schweiz von allen europäischen Staaten am besten ab.
- Das Vertrauen in den Schweizerfranken ist ungebrochen.
- Die Arbeitslosigkeit ist trotz hohem Ausländeranteil niedriger als in der EU.
- Die Ertragsbilanz hat sich nach 1992 und trotz Rezession verbessert.
- Das schweizerische Bruttonettoprodukt (BSP) pro Kopf der Bevölkerung steht nach wie vor weltweit an der Spitze. Während 2000 der EU-Durchschnitt bei 23'730 US\$ lag, betrug das Bruttonettoprodukt in der Schweiz 45'400 US\$ pro Kopf (im Vergleich 1993: 35'760 US\$).²⁶

²³ Franz Blankart, Weltwoche, 26.11.1992.

²⁴ Vgl. Anhang 1-14.

²⁵ Bei dem vom World Economic Forum (WEF) errechneten Index für Wettbewerbsstärke liegt die Schweiz neu auf Rang 6 gegenüber Rang 15 vom Vorjahr. Neue Zürcher Zeitung, 13.11.2002.

²⁶ Vgl. Anhang 9: Bruttonettoprodukt (BSP) des Pro-Kopf-Einkommens.

2. Die Wirtschafts-Argumente der EWR-Befürworter.

Da selbst militante EWR-Befürworter die politischen Nachteile eines EWR-Beitritts nicht bestreiten konnten, konzentrierte sich die Pro-Argumentation auf wirtschaftliche Gründe²⁷. Man sah im EWR-Beitritt **eine unumgängliche Notwendigkeit** für das ökonomische **Überleben der Schweiz**²⁸. Dafür war man bereit, Einbussen im Bereich der Selbstbestimmung hinzunehmen. Unter der Anleitung von Wirtschaftsverbänden und Professoren wurden bei einem allfälligen EWR-Nein schwerwiegende Nachteile für unser Land vorhergesagt. Auch Manager zahlreicher internationaler Konzerne und volkswirtschaftliche Berater von Grossbanken schlossen sich dieser Beurteilung an. Massenmedien, Gewerkschaften und Politiker trugen diese angstgeladene Botschaft in die Bevölkerung und sorgten für eine gleichgeschaltete Informationsfront. Bei einem EWR-Nein **drohe**:

- Massive Abwanderung schweizerischer Firmen in den EG-Raum
- Keine Investitionen mehr in der Schweiz
- Mangelnde Konkurrenzfähigkeit der Schweiz für den Export
- Zerfall des Schweizerfrankens durch Vertrauensverlust
- Vertrauensverlust in die Schweiz und mangelnde Konkurrenzfähigkeit der Betriebe
- stark steigende Schuldzinsen, die mangels Vertrauen in die schweizerische Volkswirtschaft sogar über das europäische Niveau steigen würden.

²⁷ Eine Zitatenauswahl von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen, Politikern und Ökonomen:

- "Ein Nein der Schweiz zum EWR hätte für unsere Wirtschaft Nachteile, die aus eigener Kraft kaum wettgemacht werden könnten." Peter Borgeaud, Vorort, Hans-Rudolf Früh, Schweizerischer Gewerbeverein, Guido Richterich, Arbeitgeber-Organisationen, Inserat in der Berner-Zeitung, 23.11.1992.
- "[...] weshalb der Anreiz, die Produktion in den EWR zu verlegen, grösser werden könnte." Kurzfassung der EWR-Botschaft, hrsg. vom Integrationsbüro EDA/EVD, 1992.
- "Eine Ablehnung würde starke wirtschaftliche, soziale und politische Erschütterungen auslösen und zu einer Schwächung der Volkswirtschaft mit negativen Konsequenzen für Arbeitsplätze und Investitionen führen." Inserat der Schweizerische Handelskammer, Vorort, 1992.
- "Zusammenfassend: Ich halte ein Nein zum EWR-Vertrag für ein schwergewichtiges Risiko für unsere gesamte Volkswirtschaft." Vreni Spoerry (FDP), Nationalratsdebatte, 26.8.1992.
- "Nach fünf Jahren Alleingang würden wir aus wirtschaftlichen Gründen die EG auf den Knien bitten, uns um jeden Preis als Mitglied aufzunehmen. Ist das eines unabhängigen Landes würdig?" Staatssekretär Franz Blankart, Weltwoche, 26.11.1992.
- "Ich glaube, dass eine Ablehnung des EWR-Vertrages eine langwierige und grundlegende Krise unseres politischen Systems auslösen wird. In der Schweiz geht es dann ähnlich weiter wie in der ehemaligen Sowjetunion. Dort hat die Planwirtschaft recht gut funktioniert, solange stalinistische Verhältnisse geherrscht haben. [...] Weil das Volk immer das letzte Wort hat, kann es letztlich keine politische Verantwortung übernehmen." Prof. Silvio Borner, Cash, 27.11.1992.
- "Der Alleingang, meine Damen und Herren EWR-Gegner, hat somit auch wirtschaftlich gesehen keine Zukunft." Silvio Bircher (SP), Nationalratsdebatte, 25.8.1992.

²⁸ "[...] ohne EWR kann die Schweiz nicht überleben." Kurt Illi, Verkehrsdirektor der Stadt Luzern, Cash, 27.11.1992.

3. Eine Bilanz der Schweizer Wirtschaft ohne EWR/EU-Mitgliedschaft

"Aber es ist offenkundig, dass die heutige Europäische Gemeinschaft eine absurde wirtschaftliche Konstruktion ist. Kein vernünftiger Unternehmer würde sich ausgerechnet dieses spezielle geographische Gebiet aussuchen und damit die Grenzen seines Wirkungsfeldes definieren. Das wäre einfach dumm. Ich bin noch nie einem Unternehmer begegnet, der gesagt hätte: 'Nicht im Traum würde ich Geschäfte mit der Schweiz machen, ich muss ja schliesslich mit Portugal Handel treiben.' So nicht."²⁹

(Prof. Ralf Dahrendorf, ehemaliges Mitglied der EG-Kommission für Deutschland)

Es muss betont werden, dass die hier vorliegende Bilanz der Schweizer Wirtschaft eine **Bilanz ohne EWR-Mitgliedschaft**, aber **auch ohne bilaterale Abkommen** darstellt. Die bilateralen Verträge I sind erst Mitte dieses Jahres in Kraft gesetzt worden. Sie hatten also keinen Einfluss auf die Entwicklung der Schweiz. Wir werden sehen, inwieweit auch da die Voraussagen der politischen Führung über den Nutzen dieser Verträge **daneben liegen**.

3.1 Schweizerische Wettbewerbsfähigkeit.

Abwanderung von Schweizer Firmen in den EU-Raum?

Die EWR-Befürworter prophezeiten:

massive Abwanderung schweizerischer Firmen in den EG-Raum.³⁰

Tatsache ist:

Entgegen den Voraussagen haben die **ausländischen Direktinvestitionen** in der Schweiz seit dem EWR-Nein **beträchtlich zugenommen**.³¹ Von einem

²⁹ Ralf Dahrendorf: Wohin steuert Europa? Ein Streitgespräch. Ralf Dahrendorf, François Furet, Bronislaw Geremek, hrsg. von Lucio Caracciolo, Frankfurt a. M.; New York 1993, S. 72.

³⁰ - "Die Schweiz als Produktionsstandort ohne gleichberechtigten Zugang zum Europäischen Markt würde weniger attraktiv. Was viele Unternehmen veranlassen könnte, ihren Standort ins benachbarte europäische Ausland zu verlegen." Broschüre "Europa mit der Schweiz – Die Schweiz ohne Europa", hrsg. vom Integrationsbüro EVD/EDA, 1992.

- "Wenn die Schweiz an diesem Wirtschaftsraum nicht teilnimmt, wird die exportorientierte Wirtschaft – mehr als jetzt schon – die Schweiz verlassen." Broschüre "Europa mit der Schweiz - Die Schweiz ohne Europa", hrsg. vom Integrationsbüro EVD/EDA, 1992.

- "Arbeitsplätze gehören hierher. Und nicht ins Ausland". CH-Aktionskomitee "Ja zum EWR." Inserat in der Berner Zeitung, 14.11.1992.

- "Werkplatz Schweiz: Wegen EWR-Ablehnung demnächst geschlossen? EWR Ja." Arbeitskreis Schweiz-Europa, Inserat in der Berner Zeitung, 24.11.1992.

- "Immer mehr Unternehmungen würden ihre Expansion unter diesen Umständen im EG-Raum suchen, wie viele Umfragen bei der schweizerischen Wirtschaft eindrücklich zeigen." Broschüre "Argumente zum EWR", hrsg. von der Schweizerischen Bankiervereinigung, 1992.

- "Wir könnten in Zukunft nicht mehr mit gleichlangen Spiessen auftreten wie die Konkurrenz. Und wenn unsere Waren und Dienstleistungen schlechter behandelt würden, könnte – ja müsste vielleicht sogar – ein Teil unserer Firmen ihre Produktion in den EWR verlegen. Sie würden dann in Zukunft nicht mehr Güter, sondern Arbeitsplätze exportieren." Silvio Bircher (SP), Nationalratsdebatte, 25.8.1992.

³¹ "Die Schweiz hat sich im vergangenen Jahr wiederum als ausserordentlich wettbewerbsfähig erwiesen, sowohl in ihrer Präsenz auf den Auslandmärkten als auch in ihrer Attraktivität speziell für ausländisches Kapital. Markante Zunahmen der Warenausfuhr um über 10%, eine dynamische Entwicklung im Fremdenverkehr (+10,2%) wie auch im übrigen Dienstleistungssektor und besonders eine massive Erhöhung der Kapitalerträge aus den schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland (+39%) haben trotz ebenfalls gestiegenen Gegenpositionen dazu geführt, dass der Rekordüberschuss der Ertragsbilanz vom Vorjahr mit 53 Mrd. Fr. nicht nur in absoluten Zahlen nochmals massiv übertroffen werden konnte. Auch im Verhältnis

Exodus von Unternehmen ins benachbarte Ausland kann keine Rede sein. Die einheimischen Betriebe hielten der Schweiz weitgehend die Treue. Dazu kommen Tausende von Neugründungen junger Unternehmen.

Es ist nicht auszuschliessen, dass einzelne Konzerne ihre Produktionsstätten ins Ausland verlagert haben. In den meisten Fällen handelt es sich dabei aber um Hersteller von Massenprodukten, die sich mehrheitlich ausserhalb des EU/EWR-Raums niederliessen. Wie die Aufschlüsselung der Direktinvestitionen schweizerischer Firmen zeigt, flossen die Kapitalien hauptsächlich in den aussereuropäischen Raum, **namentlich in die USA**, weil dort die Forschungsfreiheit in der Bio- und Gentechnologie weit grösser ist und die Unternehmungen **weniger amtlichen Schikanen ausgesetzt** sind als etwa in der EU oder der Schweiz.

3.2 Investitionen in der Schweiz

Die EWR-Befürworter prophezeiten:

keine Investitionen mehr in der Schweiz.³²

Tatsache ist:

Sowohl ausländische wie einheimische Firmen investierten in der Schweiz.

Zwischen 1992 und 2001 flossen **62.6 Mrd. US\$ Direktinvestitionen** in die Schweiz³³. Damit liegt die Schweiz vor Italien (60.6 Mrd.), Korea (38,5 Mrd.), Österreich (35.9 Mrd.) oder dem Öl-Boomland Norwegen (34.0 Mrd.)

zum Bruttoinlandprodukt (BIP) resultierte mit einer Quote von 13 (i. V. revidiert 11) % der höchste Wert seit Beginn der einschlägigen Erhebungen." Neue Zürcher Zeitung, 3.4.2001.

³² - "Wir brauchen den EWR. Sonst ist der Produktionsstandort Schweiz nicht mehr konkurrenzfähig." Leonardo E. Vannotti, Präsident der Konzernleitung der Ascom AG, Bern, Inserat in der Aargauer Zeitung, 28.11.1992.

- "Bei einem Abseitsstehen der Schweiz würde die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz derart in Mitleidenschaft gezogen, dass weniger Investitionen getätigt würden und Arbeitsplätze ins Ausland verlegt werden müssen. Die Folge wäre tiefere Arbeitsproduktivität." Inserat der Schweizerischen Bankgesellschaft, 1992.

- "Im Falle eines Neins werden viele Unternehmen ihre Investitionen im Ausland tätigen." Die Zeitung in der Zeitung, Migros, Berner Zeitung, 21.11.1992.

³³ OECD International Direct Investment Database.

3.3 Konkurrenzfähigkeit

Die EWR-Befürworter prophezeiten:

mangelnde Konkurrenzfähigkeit der Schweiz für den Export.³⁴

Tatsache ist:

Allein im Jahr 2001 exportierte die Schweiz Waren und Dienstleistungen im Wert von **108 Milliarden Dollar** und liegt damit noch vor Russland auf Rang 17 der grössten Exportnationen. Die Ertragsbilanzüberschüsse der Schweiz konnte in den Jahren seit 1992 teilweise markant gesteigert werden. Bei dem vom World Economic Forum (WEF) errechneten Index für Wettbewerbsstärke liegt die Schweiz neu auf Rang 6 gegenüber Rang 15 im Vorjahr.³⁵

3.4 Vertrauen in die Schweizer Währung

Die EWR-Befürworter prophezeiten:

Zerfall des Schweizerfrankens.³⁶

Tatsache ist:

Der Schweizer Finanzplatz hat sich gerade wegen seiner unabhängigen und stabilen Währung behaupten können. Die Angriffe der EU auf das Bankkundengeheimnis bestätigen im Grunde nur die Vorteile einer eigenständigen Finanzpolitik. **Wir ziehen eine stabile Währung einer**

³⁴ - "Ohne EWR werden die Schweizer Exportindustrie und damit Tausende von kleinen Zuliefererfirmen auf dem vital wichtigen europäischen Markt klar benachteiligt. Ein schleichender Abbau von Arbeitsplätzen durch Verlagerung ins Ausland wird die Folge sein." Albrecht Rychen (SVP), Nationalratsdebatte, 24.8.1992.

- "Am 1. Januar 1993 wird sich die Exportsituation der Schweiz ändern. Wir brauchen den EWR. Sonst ist der Produktionsstandort Schweiz nicht mehr konkurrenzfähig." Leonardo E. Vannotti, Präsident der Konzernleitung der Ascom AG, Bern, Inserat in der Luzerner Zeitung, 19.11.1992.

- "Isolation würde den Produktionsstandort Schweiz und dessen Wettbewerbsfähigkeit schwer belasten. Kommt erschwerend hinzu, dass bei einem Alleingang die grössere Teuerungsgefahr besteht als bei einer Integration, denn der Franken würde im Isolationsfall schwächer." Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung BAK, Basler Zeitung, 26.6.1992.

- "Es will doch niemand behaupten, dass eine derart exportabhängige Wirtschaft, wie sie die Schweiz kennt, besser fahren würde, wenn sie am europäischen Binnenmarkt nicht teilnähme." Hugo Fasel (CSP) in der Nationalratsdebatte, 24.8.1992.

³⁵ Neue Zürcher Zeitung, 13.11.2002.

³⁶ - "Es ist ein Trugschluss, zu glauben, bei einem Alleingang würden unsere Zinsen automatisch tiefer bleiben. Wahrscheinlicher ist, dass in einem solchen Fall die Inflation wegen des geringeren Wettbewerbs tendenziell höher ausfällt und eine höhere Inflationsprämie in den Kapitalmarktzins eingebaut wird." Alois Bischofberger, Leiter Volkswirtschaft der SKA im Bulletin SKA, 11-12/1992.

- "Eine Bewegung aus dem Franken und der Zuschlag einer Risikoprämie auf Schweizer Zinsen wären wahrscheinlich erste Reaktionen." John Noorlander, Währungsanalyst Abteilung Volkswirtschaft des Schweizerischen Bankvereins, Der Monat, 11/92, hrsg. vom Schweizerischen Bankverein, S. 17.

- "Höhere Inflationsraten sowie ein schwächerer Franken würden unweigerlich zu deutlich höheren Zinssätzen führen." Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung BAK kurz vor der EWR-Abstimmung.

- "Glauben Sie aber – Sie, die über das Zinsproblem diskutieren, mit einem Nein zum EWR bewirkten wir, dass die Schweiz als Insel der Stabilität in Europa betrachtet wird und dass die Leute wissen, was jetzt in der Schweiz geschieht? Das Gegenteil wird der Fall sein, davon bin ich überzeugt. Die Stabilität in der Schweiz wird gefährdet, und das wird die effektive Ursache sein, weshalb die Zinsen bei uns, wenn wir nein sagen, steigen werden." CVP-Nationalrat Eugen (CVP) in der Nationalratsdebatte, 26.8.1992.

politisch motivierten Einheitswährung vor³⁷. Bezeichnenderweise sind es Kreise aus Bundesbern³⁸, flankiert von der sozialistischen Ringierpresse³⁹, die den Finanzplatz Schweiz mit seinem lebenswichtigen Bankkundengeheimnis nicht mehr stützen.

Entgegen den Voraussagen der offiziellen Schweiz⁴⁰ war das Problem der Schweiz nach der Ablehnung des EWR-Vertrages nicht die Schwäche des Frankens, sondern dessen Stärke. Dies als **Folge des Vertrauens** in eine schweizerische Volkswirtschaft ausserhalb der EU und insbesondere ausserhalb der europäischen Währungs- und Wirtschaftsunion⁴¹. Die definitive Einführung des Euro führte nochmals zu einer kräftigen **Kapitalflucht in den stabilen Schweizerfranken**.

³⁷ "Wer nicht der Propaganda verpflichtet ist, weiss, dass dadurch [durch eine Währungsunion] hohe regionale Arbeitslosigkeiten entstehen und verharren werden." Beat Kappeler, Der Bund, 27.3.1997.

³⁸ "Für den Beitritt [zur EU] spricht überdies, dass mit der Übernahme der Einheitswährung Euro (nach einer auszuhandelnden Übergangsfrist) die Transaktionskosten sinken und das Risiko von schädlichen Spekulationen auf den Schweizerfranken dahinfallen würden." Integrationsbericht des Bundesrat von 1999, S. 398.

³⁹ Frank A. Meyer, SonntagsBlick, 28.4.2002.

⁴⁰ "Am 7. Dezember 1998 hat der Schweizerfranken an Wert verloren. Die Deutsche Mark kostet jetzt einen Franken. Eine höhere Inflationsrate und der schwache Franken führen zu hohen Zinsen. Diese Prognosen basieren auf den neuesten Berechnungen verschiedener Konjunktur-Forschungsinstitute." Inserat im SonntagsBlick, von Advico, Young & Rubicam, 29.11.1992.

⁴¹ "Das EWR-Nein vom letzten Dezember scheint das Ausland wenig zu beeindrucken. Im Gegenteil [...]. Nach der negativen EWR-Abstimmung am 6. Dezember kam es dann zu einer zweiten Welle von Kapitalzuflüssen. Hier spielte offenbar die Überlegung die Rolle, mit dem Nein der Schweiz zum EWR sei auch die 'Gefahr' gebannt, dass der Franken in der geplanten EG-Währungsunion aufgehen und damit seine historische Sonderstellung verlieren könnte." Tages-Anzeiger, 18.5.1993.

3.5 Zinsinsel Schweiz

Die EWR-Befürworter prophezeiten
stark steigende Schuldzinsen.⁴²

Tatsache ist:

2001 lagen die durchschnittlichen Langzeitzinsen in der Schweiz bei 3.38 Prozent⁴³. Im gleichen Jahr betragen die Zinssätze in der Euro-Zone durchschnittlich 5.03%. Bei den Kurzzeitzinsen liegen die Ansätze bei 2.80% für die Schweiz und 4.26% für die Euro-Zone.

Die Schuldzinsen liegen also nach wie vor **weit unter den günstigsten Nominalzinsen anderer europäischer Länder**, was für die Investitionen der Wirtschaft, aber auch für Hauseigentümer, Mieter, Landwirte etc. von ganz entscheidender Bedeutung ist⁴⁴. Ein Beitritt zur EU hätte eine Angleichung der Zinssätze nach oben zur Folge. So brächten 2% höhere Hypothekarzinsen nach den gesetzlichen Regelungen ca. 30% teurere Mietzinsen. Rezession, Arbeitslosigkeit, Immobilien- und Bankenkrise wären die unvermeidlichen Folgen.

3.6 Inflation

Die EWR-Befürworter prophezeiten:
steigende Inflation.⁴⁵

-
- ⁴² - "Wirtschaftswissenschaftler [...]: Sollten Volk und Stände den Europäern am 6. Dezember 92 also eine Absage erteilen, seien die Konsequenzen auf den Geldmärkten fürchterlich: Die Zinsen würden noch schneller in die Höhe schnellen." Weltwoche, 29.4.1993.
- "Zinsen steigen auch ohne EWR. Die europäische Zinsangleichung findet mit oder ohne EWR statt." Anton Schütz, Chefinspektor der Schweizerischen Volksbank, Berner Zeitung, 17.11.1992.
- "Bei einem Nein (zum EWR-Vertrag) könnte die internationale Finanzwelt die weiteren Entwicklungsperspektiven unseres Landes negativ beurteilen, was den Zinsbonus weiter abschleifen und der Schweiz wohl eher höhere Zinssätze bescheren würde." Cash, 27.11.1992.
- "Wir haben bereits in einer frühen Phase der Diskussion Vertreter der Schweizerischen Nationalbank befragt. Damals wurde die Behauptung, mit einem Ja zum EWR würden die Zinsen steigen, klar widerlegt. Die Zinsen entwickeln sich unabhängig von einem Beitritt zum EWR. Anders ist es, wenn wir in eine Währungsunion eingeschlossen werden." Albrecht Rychen (SVP), Nationalratsdebatte, 24.8.1992.
- "Ausländische Investoren würden unsere Wettbewerbskraft skeptischer beurteilen und eher weniger Frankenanlagen tätigen. Eventuell müsste die Nationalbank die Landeswährung durch attraktivere Geldmarktsätze stützen. All dies bedeutet gleich hohe oder vielleicht sogar höhere Zinsen als bei der Teilnahme am EWR." Alois Bischofberger, Leiter Volkswirtschaft der SKA, Bulletin SKA, 11-12/1992.
- "Ein Abseitsstehen der Schweiz vom EWR würde die schweizerische Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit schwächen, so dass die Zinsdifferenz zum Ausland noch verkleinert würde." Broschüre "Warum die Schweiz den EWR braucht", hrsg. von der Wf, Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft, 1992.

⁴³ Quelle: OECD.

⁴⁴ Auch die beiden Ökonomen Peter Buomberger und Andreas Höfert von der UBS teilen die Ansicht, dass sich eine unabhängige Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank positiv auf den Zinsbonus auswirkt: "Rund 100 Punkte der heutigen Zinsdifferenz spiegeln damit eigentliche komparative Vorteile der Schweiz: Ein effektiver Finanzplatz, vorteilhafte steuerliche Rahmenbedingungen und Geldwertstabilität." Neue Zürcher Zeitung, 22.4.2000.

⁴⁵ "Am 7. Dezember 1998 hat der Schweizerfranken an Wert verloren. Die Deutsche Mark kostet jetzt einen Franken. Eine höhere Inflationsrate und der schwache Franken führen zu hohen Zinsen. Diese Prognosen

Tatsache ist:

Entgegen den Voraussagen der offiziellen Schweiz ist die Teuerung in der Schweiz im Vergleich zu allen EU-Staaten am tiefsten⁴⁶.

3.7 Exporte und Bruttoinlandprodukt

- Die Exporte der Schweiz (ohne Edelmetalle und Schmucksteine) **erhöhten** sich in den Jahren 1992 bis 2001 **von 86,1 auf 131,7 Milliarden Franken**⁴⁷, das heisst um 53% – und dies trotz starker Rezession und Stagnation in unseren wichtigsten Abnehmerländern und trotz eines stark erhöhten Aussenwerts des Frankens.
- Das **Bruttoinlandprodukt** (BIP) der Schweiz stieg in den Jahren 1992 bis 2001 von **342,364 auf 414,882 Milliarden Franken**, d. h. nominal um 21,2%.
- Das nominelle Bruttoinlandprodukt pro Kopf der Bevölkerung liegt mit 36'100 US\$ um 60% über dem EU-Durchschnitt, 41% höher als in Deutschland und Österreich. Die **Wertschöpfung** pro Beschäftigten ist in der Schweiz die **zweithöchste** aller Länder⁴⁸.
- Die Exporte in die EU/EWR-Staaten **steigerten** sich von 56,4 Milliarden (1992) auf 81,0 Milliarden Franken (2001)⁴⁹.

3.8 Lohnniveau in der Schweiz

Die Schweiz hat dank EWR-Nein und EU-Nichtmitgliedschaft ihre Spitzenposition im Lohnniveau halten können. Gemäss einer neuen Untersuchung⁵⁰ steht die Schweiz auch lebenskostenindexbereinigt **an der Spitze** aller europäischen Länder⁵¹.

basieren auf den neuesten Berechnungen verschiedener Konjunktur-Forschungsinstitute." Inserat im SonntagsBlick, von Advico, Young & Rubicam, 29.11.1992.

- "Es ist ein Trugschluss, zu glauben, bei einem Alleingang würden unsere Zinsen automatisch tiefer bleiben. Wahrscheinlicher ist, dass in einem solchen Fall die Inflation wegen des geringeren Wettbewerbs tendenziell höher ausfällt und eine höhere Inflationsprämie in den Kapitalmarktzins eingebaut wird." Alois Bischofberger, Leiter Volkswirtschaft der SKA im Bulletin SKA, 11-12/1992.

- "Höhere Inflationsraten sowie ein schwächerer Franken würden unweigerlich zu deutlich höheren Zinssätzen führen." Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung BAK kurz vor der EWR-Abstimmung.

⁴⁶ Vgl. Anhang 8 zur Teuerung.

⁴⁷ Jahresstatistik 2001 der Eidgenössischen Oberzolldirektion.

⁴⁸ Quelle: seco, Handbuch für Investoren, Unternehmensansiedlung in der Schweiz, März 2001.

⁴⁹ Statistisches Monatsheft SNB, August 2002.

⁵⁰ Lohn- und Preisniveau im europäischen Vergleich. Aus: "Preise und Löhne rund um die Welt" der UBS, Ausgabe 2000.

⁵¹ Vgl. Anhang 14 zum Lohnniveau.

3.9 Arbeitslosigkeit in der EU und in der Schweiz

Die EWR-Befürworter prophezeiten

höhere Arbeitslosigkeit⁵². Ein Bundesrat sprach gar von einer Arbeitslosigkeitsrate gegen 20% für das Jahr 2000⁵³!

Tatsache ist:

Auch während der späten, wachstumsstarken 1990er Jahre blieb die Arbeitslosigkeit im EU-Raum vergleichsweise hoch. Speziell Deutschland verharrte auf seiner hohen Quote. Die Schweiz schaffte es, ohne EWR, ohne bilaterale Verträge und ohne EU-Mitgliedschaft ihre Arbeitslosenzahlen von 5,9% (1997) auf 1,9% (2001) zu senken. Damit ist die Arbeitslosigkeit tiefer als im EWR-Abstimmungsjahr 1992 (2.5%).

Die Arbeitslosenzahl liegt also weiterhin um ein Vielfaches **unter dem europäischen Durchschnitt**. Im Jahr 2001 stehen 1,9% Arbeitslose 8,0% Arbeitslose in den Ländern der Euro-Zone gegenüber. Und das, obschon in absoluten Zahlen fast die Hälfte (43,1%⁵⁴) aller registrierten Arbeitslosen Ausländer sind – das Resultat einer **verfehlten bundesrätlichen Zuwanderungspolitik**.

Standardisierte Arbeitslosenquoten in Prozent 2001

[Quelle: Eurostat, OECD]

Schweiz	1,9	EU-15	7,8
Luxemburg	2,4	OECD total	6,9
Niederlande	2,4		
Österreich	3,6		
Irland	3,8		
Portugal	4,1		
Dänemark	4,3		
Grossbritannien	5		
Schweden	5,1		
Belgien	6,6		
Deutschland	7,9		
Frankreich	8,6		
Finnland	9,1		
Italien	9,5		
Griechenland	10,2		
Spanien	13		

⁵² - "Stimmt, im Alleingang bleiben wir Schweizer frei. Vielleicht auch frei von Arbeit. EWR Ja", Arbeitskreis Schweiz-Europa, Inserat in der Berner Zeitung, 23.11.1992.

- "Bei einem Abseitsstehen der Schweiz würde die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz derart in Mitleidenschaft gezogen, dass weniger Investitionen getätigt würden und Arbeitsplätze ins Ausland verlegt werden müssen." Inserat der Schweizerischen Bankgesellschaft, 1992.

⁵³ "Auf die Äusserung von Bundesrat Delamuraz, bei einem Nein zum EWR gebe es bis ins Jahr 2000 bei uns bis zu 20 Prozent Arbeitslosigkeit, gehe ich nicht ein. Sie ist schlicht und einfach nicht seriös." Jean-Pierre Bonny (FDP) in der Nationalratsdebatte, 26.8.1992.

⁵⁴ Quelle: seco. Arbeitsmarktstatistik für den Monat September 2002.

3.10. Positive Bilanz der Schweiz

Trotz globaler Konkurrenz, trotz harter Rezessionsjahre, trotz Immobilienkrise mit stark negativer Auswirkung auf die Inlandkonjunktur erzielte die Schweizer Wirtschaft⁵⁵ in den letzten zehn Jahren dank **Exportanstieg** Überschüsse!

- Der **Ertragsbilanzüberschuss** liegt in den Jahren 1993 bis 2001 mit durchschnittlich 34,7 Milliarden Schweizerfranken um 63% höher als 1992.
- Der traditionelle Ertragsbilanzüberschuss der Schweiz erreicht 2000 die **Rekordhöhe** von 52,2 Milliarden Franken⁵⁶. Im gleichen Jahr beliefen sich die ausländischen Direktinvestitionen auf 32,7 Milliarden.

⁵⁵ - "Die meisten Schweizer Unternehmen haben ihre Hausaufgaben gemacht und sich mit der aktuellen Situation arrangiert." Prof. Heinz Hauser, SonntagsZeitung, 9.11.1997. Unter "aktueller Situation" ist der Zustand ohne bilaterale Abkommen gemeint.

⁵⁶ - "Wirtschaftlich ist der Alleingang machbar." Prof. Heinz Hauser, Facts, 16.4.1998.
Neue Zürcher Zeitung, 24.8.2001.

Der Schweizer Wohlstand hat sich gegenüber der EU weiter behauptet.

Bei aller Vorsicht gegenüber solchen Statistiken zeigt nachstehende Aufstellung die Entwicklung des Bruttonationalproduktes (BNP) des Pro-Kopf-Einkommens (standardisiert auf US\$).

[Quellen: Weltbank, Eurostat, Deutsche Bundesstelle für Aussenhandelsinformation]

EU-Länder	1993 US\$	Rang	2000 US\$	Rang	Veränderung absolut in US\$	absolut in %
Schweiz	35'760	2	45'400	1	+ 9'640	+ 27,0
Luxemburg ⁵⁷	37'320	1	42'060	2	+ 4'740	+ 12,7
Dänemark	26'730	3	32'280	3	+ 5'550	+ 20,8
Schweden	24'740	4	27'140	4	+ 2'400	+ 9,7
Österreich	23'510	6	25'220	5	+ 1'690	+ 7,2
Finnland	19'300	11	25'130	6	+ 5'830	+ 30,3
Deutschland	23'560	5	25'120	7	+ 1'560	+ 6,6
Niederlande	20'950	9	24'970	8	+ 4'020	+ 19,2
Belgien	21'650	8	24'540	9	+ 2'890	+ 13,3
Grossbritannien	18'060	12	24'430	10	+ 6'370	+ 35,3
Frankreich	22'490	7	24'090	11	+ 1'600	+ 7,1
Irland	13'000	14	22'660	12	+ 9'660	+ 74,3
Italien	19'840	10	20'160	13	+ 320	+ 1,6
Spanien	13'590	13	15'080	14	+ 1'490	+11,0
Portugal	9'130	15	11'120	15	+ 1'990	+ 21,8
EU-Durchschnitt	20'080		23'730		+ 3'650	+ 18,2

3.11 Schwaches Wirtschaftswachstum in der Schweiz

Das jährliche Wachstum der Schweiz fiel vergleichsweise zu anderen EU-Staaten **schwach** aus⁵⁸. Hier gilt es aber zu bedenken, dass sich das Schweizer Bruttoinlandsprodukt nach wie vor auf einem sehr hohen Ausgangsniveau befindet. Der eigentliche Grund für das niedrige Wachstum ist allerdings nicht bei der fehlenden Anbindung an die Europäische Union zu suchen. Verantwortlich für den Wachstumsrückgang ist die **stark gestiegene Steuerbelastung**.⁵⁹ In den letzten zehn Jahren wuchs die Steuerquote in der Schweiz mehr als in allen anderen OECD-Ländern. Dies hat aber **innerstaatliche Ursachen**, die vor allem in einer überbordenden Ausgabenpolitik des Bundes zu finden sind.

3.12. Das grosse ABER – innenpolitisches Versagen

Man soll nichts beschönigen. Die **Schweizer Wirtschaft** steht im Vergleich zur EU gut da, aber nicht wegen, sondern trotz der offiziellen Politik. Noch kann die Schweiz hervorragende Kennzahlen ausweisen; sie **verliert** jedoch zusehends an Boden.

⁵⁷ Luxemburg ist aufgrund seiner Grösse, Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur mit der Schweiz nicht vergleichbar.

⁵⁸ Vgl. Anhang 10: Internationaler Vergleich – Jährliches Wachstum BIP.

⁵⁹ Vgl. Anhang 3.

Diese Einbussen haben jene Parteien zu verantworten, die sich aus Bequemlichkeit den linken Verlockungen ergeben haben. In der Schweiz ist heute eine verantwortungslose **"Koalition der Verschwender"** an der Macht.

Haushaltssanierung, Steuersenkungen, Eindämmung des Staates lassen sich so und mit dieser Parteienkonstellation nicht wirksam bewältigen. Die Schweiz kann sich gegen aussen nur bewähren, solange sie im Innern den Mut und den Willen zum **positiven Sonderfall** aufbringt.

Schweizer Trümpfe werden innenpolitisch geschwächt:

1. Niedrige Staats- und Steuerquote: Von allen OECD-Staaten hatte die Schweiz seit 1990 den **steilsten Anstieg der Staatsquote**.
2. Nord-Süd-Achse: Der Gotthard-Transit und die **28-Tonnen-Limite** wurden wegen schwacher Verhandlungsführung des Bundesrats **verscherbelt**.
3. Bildung: Die Bildung ist seit Jahrzehnten zur linken Domäne geworden. Fazit: Die **Schulen kosten immer mehr** und die **Schüler werden immer dümmer**.
4. Hohe Produktivität: Gewerkschaften, Linke (35-Stunden-Woche), Verstaatlichungstendenzen, Energiebesteuerung, Strompreise, offene und versteckte Abgaben, steigende Steuern usf. **schaden** der Konkurrenzfähigkeit hiesiger Unternehmen.
5. Steuerwettbewerb: Die Schwächung der föderalistischen Strukturen durch falsche Anreize im Finanzausgleich **gefährden das Niedrigsteuerland Schweiz**.

Die Regierenden haben in den wichtigsten innenpolitischen Aufgaben versagt:

- **Sanierung der Bundesfinanzen**
- **Senkung der Schuldenlast**
- **Senkung der Staats- und Steuerquote**
- **Beschneidung des Sozialstaates**
- **Kontrolle über die Zuwanderung**

Ein kranker Verausgabungsstaat ist die grösste Gefahr für den Schweizer Wirtschaftsstandort.

**Es muss wieder eine strikt bürgerlich-liberale Politik her.
Nur so kann die Schweiz ihren Wohlstand behaupten.**

IV. Die Europäische Union seit dem 6. Dezember 1992

"Im EG-Europa hat die Brüsseler Bürokratie das Sagen. Anonyme Paragraphen-Zombies werden Verordnungen erlassen. [...] Im Vertrag von Maastricht geben die nationalen Parlamente ihre Rechte auf. Dieser Selbstaufgabe haben sich die Schweizer Bürgerinnen und Bürger verweigert."⁶⁰

(Thomas Hürlimann zum EWR-Nein der Schweiz)

1. Von der Europäischen Gemeinschaft (EG) zur Europäischen Union (EU)

Obwohl in der EWR-Debatte behauptet wurde, die politische Union sei in weiter Ferne, trat schon am 1. November 1993 der Vertrag über die Europäische Union (Vertrag von **Maastricht**) in Kraft. Die vormalige Europäische Gemeinschaft (EG) wich der Europäischen Union (EU). Dieser Maastrichter Vertrag legte den Grundstein für eine **gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik** (GASP) und eine **gemeinsame Innen- und Justizpolitik**. Darüber hinaus leitete das Abkommen die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ein und skizzierte die künftige EU-Osterweiterung.

2. Zunehmende Machtkonzentration und Zentralisierung

Amsterdam (1999): Die stark politischen Ziele von Maastricht riefen nach einer **Konzentrierung der Entscheidungsgewalt**. Mit dem Vertrag von Amsterdam (1. Mai 1999) wurde diese Konzentrierung eingeleitet. In Amsterdam wurden die zentralen Organe – EU-Kommission, Europäischer Rat und EU-Ministerrat – gestärkt. Die europäischen Regierungen und Parlamente haben damit (notabene **ohne Volksbeschlüsse**) umfangreiche Kompetenzen an die Union abgetreten. Vor Maastricht und Amsterdam durfte kein Mitgliedstaat gegen seinen Willen überstimmt werden. Seit Maastricht und vor allem im Vertrag von Amsterdam wurde die Quasi-Vetostellung jedes Mitgliedstaates aufgehoben. Was bereits in früheren Jahren de facto praktiziert wurde, dass nämlich die grossen Drei (Deutschland, Frankreich und in etwas kleinerem Ausmass Grossbritannien) bestimmen, wo's lang geht⁶¹, hat nun auch eine rechtliche Grundlage bekommen.

Schengen (2001): Die Schaffung eines "Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" wurde am 25. März 2001 mit dem Schengen-Vertrag umgesetzt. Dieser Vertrag sieht u. a. die **Abschaffung von Passkontrollen** an den Grenzen von zehn Staaten vor.

Nizza (2001): Am 26. Februar 2001 unterzeichneten die EU-Aussenminister den Vertrag von Nizza. Die darin beschriebenen "Reformen" sollten den zuständigen EU-Behörden weitgehende Handlungsfreiheit bei der Osterweiterung einräumen. In

⁶⁰ Cash, 20.8.1993.

⁶¹ Jüngstes Beispiel ist die Höhe und Dauer der künftigen Agrarsubventionen, welche Deutschland und Frankreich praktisch im Alleingang vorentschieden haben, was vor allem bei der britischen Regierung einigen Unmut auslöste.

Wahrheit verbirgt sich dahinter eine zusätzliche Machtkonzentration bei den Verwaltungszentralen Brüssels. Die neu eingeführte Stimmengewichtung in den EU-Organen geht vor allem **zu Lasten der Kleinstaaten**. Dazu kommt, dass rund 30 von insgesamt 70 Vertragsbestimmungen nicht mehr dem Einstimmigkeitsprinzip unterliegen müssen.

Bei abgeschlossener EU-Osterweiterung wird nicht mehr jedes Mitglied in der EU-Kommission – dem eigentlichen Machtorgan – vertreten sein. Das **Vetorecht** der Staaten soll im Bereich des EG-Rechtes⁶² **entfallen**. Das betrifft insbesondere auch Fragen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen.

3. Die Währungsunion

- 1993 bricht das Europäische Währungssystem (EWS) – der Vorläufer einer gemeinsamen Währung – zusammen.
- Die Erfüllung der Konvergenzkriterien für den Euro entpuppt sich auf breiter Ebene als **trickreiches Zahlenspiel** und führt zu sozialen Spannungen.
- 1999: In elf EU-Staaten⁶³ wird der Euro eingeführt. 2001 kommt Griechenland als zwölftes Land dazu. Die Mitglieder dieser Währungsunion verpflichten sich, die Bestimmungen eines Stabilitätspaktes einzuhalten. So müssen die Staaten einen ausgeglichenen Staatshaushalt ausweisen und die Neuverschuldung darf 3 Prozent des Bruttoinlandproduktes nicht überschreiten.
- Der **Euro verliert** seit seiner Einführung kontinuierlich an Wert.
- Der Euro führt zu höheren Konsumpreisen. Die deutsche Bundesregierung musste im Mai dieses Jahres einräumen, dass die Euro-Einführung für die Bürger teurer kam als vorher angenommen. So betrug die **Inflationsrate** im Euroland Ende August 2002 2,1 Prozent. Damit ist die Warnschwelle von 2 Prozent, die in den Konvergenzkriterien festgehalten ist⁶⁴, überschritten worden.
- 2002: Die Einführung des Stabilitätspaktes wird in Portugal (Neuverschuldung von 4,1 Prozent an Stelle von höchstens 3 Prozent), Deutschland (rechnet für 2002 mit einer Neuverschuldung von mindestens 3,8 Prozent des BIP) und Frankreich (erwartet frühestens ab 2007 ein ausgeglichenes Staatsbudget) erfüllt nach Spiegel-Almanach die Kriterien in Frage gestellt. Italien, Belgien, Österreich und Griechenland liegen mit ihren Gesamtschulden teilweise weit über den maximal erlaubten 60 Prozent des BIP. Mitte Oktober 2002

⁶² Die Politiken der Europäischen Gemeinschaft EG als Rechtspersönlichkeit: Personen- und Warenverkehr, Dienstleistungen und Kapital, Landwirtschaft, Verkehr, Visa, Asyl, Einwanderung, Wettbewerbs- und Steuerfragen, Angleichung von Rechtsvorschriften, Wirtschafts- und Währungspolitik, Beschäftigung, Handelspolitik, Zollwesen, Sozialpolitik, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, Verbraucherschutz, Industrie, Transeuropäische Netze (TEN), wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, Forschung technologische Entwicklung, Umwelt- und Entwicklungspolitik.

⁶³ Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien.

⁶⁴ www.swisspolitics.org, Communiqué vom 30.8.2002.

bezeichnete der EU-Kommissionspräsident Roman Prodi den **Stabilitätspakt** als zu **starr und dumm**⁶⁵, was von der linken Schröder-Regierung in Deutschland dankbar aufgegriffen wurde. Diese **Aufweichtendenzen** zeigen eine Entwicklung auf, bei der die EU-Länder wieder vermehrt nationale Interessen verfolgen, weil sie den Druck der unzufriedenen Bürger verspüren.

4. Wohin steuert die Europäische Union?

4.1 Zentralisierung

Das Endziel ist eine politische Union mit einer starken Zentralgewalt. Die EU-Instanzen sind bestrebt, möglichst viel Kompetenz und Macht auf sich zu vereinigen. Diese **Zentralisierung führt zur Entmündigung des einzelnen Bürgers**, der sich politisch nicht mehr artikulieren kann. Im Gegenzug wird die Entscheidungsgewalt einer technokratischen Führungselite übertragen. Ein gewisses Mass an politischer Integration war notwendig, um die nationalen Beschränkungen des Handels und des Kapitalverkehrs zu beseitigen und internationale Eigentumsrechte durchzusetzen. Alles, was darüber hinaus geht, erweitert nur die Eingriffsmöglichkeiten des Staates auf Kosten der Handlungsfreiheit seiner Bürger.

Die Brüsseler Bürokraten stossen jedes Jahr **Tausende von neuen Gesetzen** aus⁶⁶. Normierungs- und Reglementierungswut legen die Wirtschaft in Ketten. Die hiesige Classe politique tragt brav hinter jeder neuen EU-Richtlinie her⁶⁷. Dieser vorausseilende **Musterknabengehorsam** bringt nichts. Die Schweiz soll ihre eigenen, wenn möglich besseren Gesetze machen und nicht zum Befehlsempfänger ferner Politvögte verkommen. Die Schweiz hat genug lang bewiesen, dass sie wirtschaftliche, politische und ökologische Standards setzen kann, die weltweit ihresgleichen suchen.

4.2 Fragwürdiges Demokratieverständnis

Österreich: Nachdem die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 1999 zusammen mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) die neue Regierungskoalition bildete, kam es zu einer regelrechten **Strafexpedition** gegen die demokratisch gewählte Regierung. Am 4. Februar 2000 verhängten vierzehn EU-Staaten Sanktionen gegen Österreich. Die Europäische Union setzte drei "Weise" ein, die untersuchen mussten, ob Österreich sich auch gemäss den "europäischen Werten" verhalte. Dieser ungeheuerliche Akt gegenüber einem demokratischen Rechtsstaat **muss für uns Schweizer Warnung** genug sein.

⁶⁵ "Le pacte de stabilité est imparfait, c'est vrai, parce qu'il faut avoir un outil plus intelligent, et plus de flexibilité." Roman Prodi, Le Monde, 18.10.2002.

⁶⁶ Wie eine Studie des Europa-Instituts der Universität Basel ergab, wurden zwischen dem 1. Januar 1992 und dem 30. Juni 1998 rund 21'000 Rechtsakte publiziert.

⁶⁷ "Die Europaverträglichkeit ist zum Leitmotiv der schweizerischen Gesetzgebung geworden." Prof. Thomas Cottier, Facts, 3.7.1997. Die Bürokratie nennt das beschönigend "autonomer Nachvollzug".

Irland: Als einzigem EU-Staat war es den Iren erlaubt, über den Nizza-Vertrag abzustimmen. Das irische Volk sagte am 7. Juni 2001 mit 54 Prozent Nein. Die EU-Aussenminister lehnten aber eine Nachverhandlung ab und sprachen von einem politischen "Unfall". Am 20. Oktober 2002 stimmte Irland nochmals über den gleichen Vertrag ab. Aufgrund massiver Befürworterpropaganda und Einschüchterungen wurde der Vertrag schliesslich angenommen. Die Demokratie wird so zur **reinen Kopfnickerei** degradiert.

EU-Kommission: Das eigentliche Machtorgan der Europäischen Union ist die EU-Kommission. Die Kompetenzen dieser Kommission **widersprechen** jedoch dem Prinzip der **Gewaltenteilung**. Die Kommission ist gleichzeitig ausführende Gewalt, besitzt eine Schlüsselfunktion für die Gesetzgebung und nimmt sogar quasi judikative Aufgaben wahr⁶⁸. Diese Machtballung hatte auch zur Folge, dass die EU-Kommission 1998 aufgrund von **Misswirtschaft und Korruption** zurücktreten musste.

4.3 Grösse um jeden Preis

Die Europäische Union ist heute vor allem damit beschäftigt zu wachsen. Wer nur immer von einer grossartigen Zukunft schwärmt, will sich den gegenwärtigen Schwierigkeiten **nicht stellen**. Die Folgen davon: Der Stabilitätspakt wird aufgeweicht; es wird bei den Konvergenzkriterien **getrickst**; die politische Zentralisierung wird ohne demokratische Rückversicherung vorangetrieben; Brüssel wird gestärkt auf Kosten des Föderalismus und auf Kosten der Selbstbestimmung der Völker. Die EU-Osterweiterung birgt zusätzliche Risiken, die unabsehbar sind. Jetzt auch noch in die Union drängen zu wollen, wäre absolut töricht und fahrlässig.

Grösse allein taugt nichts. Weder bei Unternehmen noch politischen Gebilden. Die Zeit nach 1989 ist geprägt vom Zusammenfall künstlicher Grossgebilde. Allein der Blick nach Europa zeigt, dass der Wunsch nach nationaler Souveränität grösser ist als der nach "visionären" Völkergemeinschaften, wie sie etwa der Sozialismus schuf. Das Ziel eines **zwangsvereinigten Europas** hat auch sonst genügend unrühmliche historische Vorbilder gefunden.

⁶⁸ Roland Vaubel: Europa-Chauvinismus, München 2001, S. 173.

V. Die Schweiz und Europa – Europa und die Schweiz

1. Die bilateralen Verträge I sind schlechte Verträge

"Was ist denn so toll für die Schweiz an diesen sieben Abkommen? Sie zahlt jährlich netto um die 900 Millionen Franken, hat mehr Camions durchzuschleusen und setzt im Arbeitsmarkt die eigenen Bürger unter Druck."⁶⁹

Nach dem Nein zum EWR suchte die Schweiz den Weg über die bilateralen Verhandlungen. Sie hätte das ohne Zeitdruck tun können, denn die Dossiers – allen voran die Verkehrsabkommen – waren für die Europäische Union weitaus interessanter als für unser Land. Gleichwohl **verscherbelte** der Bundesrat den Nord-Süd-Transit für lächerliche **325 Franken**. Der gleiche Bundesrat gab ohne Not und entgegen allen Versprechungen die **28-Tonnen-Limite** auf.⁷⁰

Wie schon im Vorfeld des EWR hat der Bundesrat auch bei der Debatte zu den bilateralen Abkommen **gewohnt doppelzünftig** argumentiert. Um die Abschlüsse nicht zu gefährden, betonte Bundesrat Moritz Leuenberger: "Die bilateralen Verträge sind ein eigenständiger und selbständiger Schritt und haben mit einem EU-Beitritt nichts zu tun."⁷¹ Genau einen Tag nach der Abstimmung [!] sagte dagegen sein Bundesratskollege Josef Deiss: "Die Bilateralen sind ein wichtiger Schritt hin zur EU."⁷² Diesem Bundesrat ist nicht mehr zu glauben. Er belügt das Volk, um sein oberstes Ziel, den EU-Beitritt, auf Schleichwegen zu erreichen.

2. Die Schweiz muss ihre Probleme selber lösen

Die Europäische Union hat keines der drängenden Probleme zu lösen vermocht, die unsere kraftlose politische Elite angeblich nur mit Hilfe gerade dieser Union zu lösen im Stande sei⁷³. Schuldenwirtschaft, Kriminalität, Asylströme, Bildungsmisere, Arbeitslosigkeit waren und sind Merkmale der EU. Länderspezifische Unterschiede zeigen, dass es eine **nationale Aufgabe** bleibt, solche Missstände anzugehen. Darum stellen auch die Abkommen von Schengen/Dublin und die Bilateralen II als Ganzes gesehen keinen politischen Mehrwert dar; schon gar nicht im Vergleich zu

⁶⁹ Weltwoche, 17.12.1998. Bereits soll entgegen allen früheren Zusicherungen wegen der nahenden EU-Osterweiterung 2004 die Personenfreizügigkeit auch auf die neuen Mitgliedstaaten ausgedehnt werden.

⁷⁰ "Der Bundesrat beabsichtigt nicht, in der 28-Tonnen-Frage von seiner Haltung abzuweichen. Die Aufrechterhaltung dieser Gewichtslimite gehört zu den Eckpfeilern seiner Verkehrspolitik." Bundesrat Arnold Koller im Nationalrat, 7.3.1994.

⁷¹ TV-Statement von Bundesrat Moritz Leuenberger, Schweizer Fernsehen DRS, 13.5.2000.

⁷² Basler Zeitung, 22.5.2000.

⁷³ - "Für die SP Schweiz ist auch deshalb der EU-Beitritt dringlich, weil die Schweiz ihre Asylpolitik auf diesem Weg mit den anderen EU-Ländern abstimmen und an der Entstehung einer humanitärer gestalteten europaweiten Flüchtlingspolitik mitarbeiten kann." SP-Wahlplattform 1999.
- "Eine Asylpolitik unseres Landes, abgekoppelt von den Entwicklungen in unseren europäischen Nachbarstaaten, ist eine Illusion.[...] Da bei der Festlegung der asylpolitischen Strategie davon auszugehen ist, dass ein Beitritt der Schweiz zur EU in nächster Zeit nicht zur Debatte steht, bleibt vorderhand allein der bilaterale Weg. Aus diesem Grund messe ich dem Dossier Schengen/ Dublin grosse Bedeutung bei." CVP-Bundesrätin Ruth Metzler, Rede an der Europaratstagung in Luzern, 27.5.2002.

den Konzessionen, die unser Land dafür machen müsste. Es ist klar, dass die Classe politique ihre ungelösten Probleme liebend gerne an einen unfassbaren Verwaltungsapparat in Brüssel weiterreichen würde. Dann müsste überhaupt niemand mehr für **eigene Unfähigkeit** und **selbstverschuldetes Versagen** gerade stehen.

3. Der Bundesrat spaltet das Land

Der Bundesrat hält gegen den erdrückenden Volkswillen sein Beitrittsziel aufrecht⁷⁴. Aussenminister Deiss verbreitet mit seiner ganzen professoralen Selbstherrlichkeit: "Es hindert uns nichts, am EU-Beitritt zu arbeiten."⁷⁵ Mit dieser Haltung spaltet die Regierung das Volk und missachtet die demokratischen Spielregeln. Der Bundesrat weiss, dass er durch das europafreundliche Parlament gestützt und gewählt wird. Der Bundesrat riskiert nichts mit seiner **Missachtung des Volkswillens**. Das muss sich ändern. Der Bundesrat muss sich künftig wieder auf seine eigentliche Aufgabe besinnen: Eine Regierung hat die Gesetze auszuführen und den Wählerauftrag zu erfüllen. Es ist aber gewiss nicht die Aufgabe des Bundesrates, die Unabhängigkeit des Landes zu schwächen. Gemäss unserer **Bundesverfassung** ist die Regierung verpflichtet, für die **Souveränität** des Landes einzustehen. **Darauf hat jeder Bundesrat und jede Bundesrätin den Eid abgelegt.**

4. Die regierenden Parteien und ihr EU-Bekenntnis

Die regierenden Parteien **SP, FDP und CVP** haben sich in ihren Programmen auf einen **baldigen EU-Beitritt festgelegt**. Die FDP sieht in ihrer "Vision" die Schweiz bereits 2007 als Mitglied der Europäischen Union. Neben der SP stimmte 2001 auch die CVP-Delegiertenversammlung der Initiative "Ja zu Europa" zu. Ihre "Stammlande" schmetterten die Initiative aber mit weit über 80 Prozent ab. CVP-Bundesrätin Metzler verkündet derweil unerschütterlich: "Wir machen eine Politik mit den Leuten und nicht über die Köpfe der Leute hinweg."⁷⁶ **Ehrgeiz und Kleinmut** haben die politischen Eliten in diese Europa-Falle getrieben. Statt die wirtschaftlichen und staatspolitischen Vor- und Nachteile abzuwägen, ist die Europa-Frage zum **Glaubensbekenntnis** erklärt worden. Wer sich diesem Glaubensbekenntnis nicht unterwirft, wird von den Gesinnungswächtern ausgesperrt. Die Wirtschaft hat gekehrt, das Volk hat sich klar für eine unabhängige Schweiz ausgesprochen, nur die Politiker fürchten um ihre "Glaubwürdigkeit", die sie schon längstens und gerade wegen der Europa-Frage verloren haben. Da sich zur Zeit mit der Europa-Diskussion keine Wähler holen lässt, wird eine **Europa-Debatte tunlichst vermieden**. Hinter

⁷⁴ Am 4. März 2001 wurde die Initiative "Ja zu Europa" mit 76,8% der Stimmen verworfen.

⁷⁵ Facts, 31.5.2000.

⁷⁶ CVP-Wahlplattform 1999.

den Kulissen bereitet man aber eifrig das Terrain für eine EU-Mitgliedschaft. Dieses Doppelspiel von Bundesrat, Parlament und Parteien muss ein Ende haben.

5. Die Schweiz kann mit einem Beitritt zur Europäischen Union nur verlieren

Eine liberale Bürgergesellschaft mit dem Willen zur Eigenverantwortung kann eine besondere, der Schweiz angepasste Politik betreiben und damit grösseren wirtschaftlichen Erfolg erzielen als innerhalb eines durchreglementierten Grossgebildes mit seinem Harmonisierungsdruck nach unten. **Eine unabhängige und souveräne Schweiz bietet die Chance, innovativer, wirtschaftlich leistungsfähiger und konkurrenzbereiter zu agieren als eine zentralistisch organisierte EU.** Ein unabhängiger und liberaler Staat allein genügt freilich nicht, der Schweiz eine erfolgreiche Zukunft zu garantieren. Freiheit und Unabhängigkeit sind nicht die Lösung aller Probleme. Aber sie sind die Voraussetzung dafür. Ein Beitritt zur EU jedoch würde eben diese Grundlagen unseres Erfolgs zerstören. **Eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union hiesse:**

- das Ende der direkten Demokratie in allen relevanten Bereichen
- die vollständige Abtretung der politischen Macht an die Regierungen in Bern und Brüssel
- weniger Freiheit
- der Verzicht auf eine eigenständige Aussen- und Sicherheitspolitik
- die Preisgabe der Neutralität
- Milliardenzahlungen an die EU
- Anheizen der Arbeitslosigkeit
- Reduktion des Wohlstandes
- Lohneinbussen
- höhere Schuld- und Hypothekarzinsen
- zusätzliche und höhere Steuern, Abgaben und Prämien
- Heraufsetzung der Mehrwertsteuer von 7,6 auf mindestens 15 Prozent
- Verzicht auf den Schweizerfranken und ein damit verbundener Verlust von Volksvermögen
- Gefährdung des Finanzplatzes Schweiz
- die Goldreserven würden der Europäischen Zentralbank unterstellt
- Aufhebung der Grenzkontrollen und der nationalen Einwanderungspolitik
- weniger Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger
- Gefährdung des Forschungsniveaus
- Bildungsstandards können durch die unkontrollierte Zuwanderung nicht mehr gehalten werden
- Anstieg der Kriminalität

6. Der EU-Beitritt muss verhindert werden

Der Bundesrat und die Mehrheit des Parlamentes haben bereits 1993 – in grober Missachtung des Volkswillens – den Beitritt zur Europäischen Union zum strategischen Ziel schweizerischer Aussenpolitik erhoben.

Trotz klarem Nein zum EWR- und zum EU-Beitritt wird daran festgehalten. Nach einer gewaltigen Staatspropaganda haben das Schweizer Volk und die Stände leider den Beitritt zur Uno beschlossen. Mit Verbissenheit wird die Regierung und die Parlamentsmehrheit weiterhin den EU-Beitritt anstreben. An diesem Sachverhalt muss die aktuelle Aussenpolitik **gemessen** werden. Diese Aussenpolitik erweist sich als widersprüchlich, **kleinmütig** und vom Wahn zersetzt, mit den Grossen mitzureden wollen. Eine solche Aussenpolitik vertritt nicht die Interessen der Schweizer Bevölkerung und ist zum Nachteil der Schweiz.

Ein Beitritt zur Europäischen Union wird die Probleme der Zukunft und der künftigen Generationen von Schweizerinnen und Schweizern nicht lösen.

VI. Anhang

Anhang 1: Bruttoinlandprodukt pro Kopf 2001 in Euro

Bruttoinlandprodukt pro Kopf 2001 (in Euro)

[Quelle: Eurostat]

Luxemburg	43'560
Schweiz	35'950
Dänemark	29'610
Österreich	25'400
Deutschland	25'110
Finnland	24'680
Schweden	24'170
Niederlande	23'960
Belgien	23'880
Frankreich	22'730
Irland	22'490
EU	20'010
Grossbritannien	17'020
Italien	16'170
Spanien	13'740
Griechenland	10'110
Portugal	10'060

Anhang 2: Bruttoinlandprodukt pro Kopf 2001 im Vergleich in SFr.

Bruttoinlandprodukt pro Kopf 2001 (in Schweizer Franken)

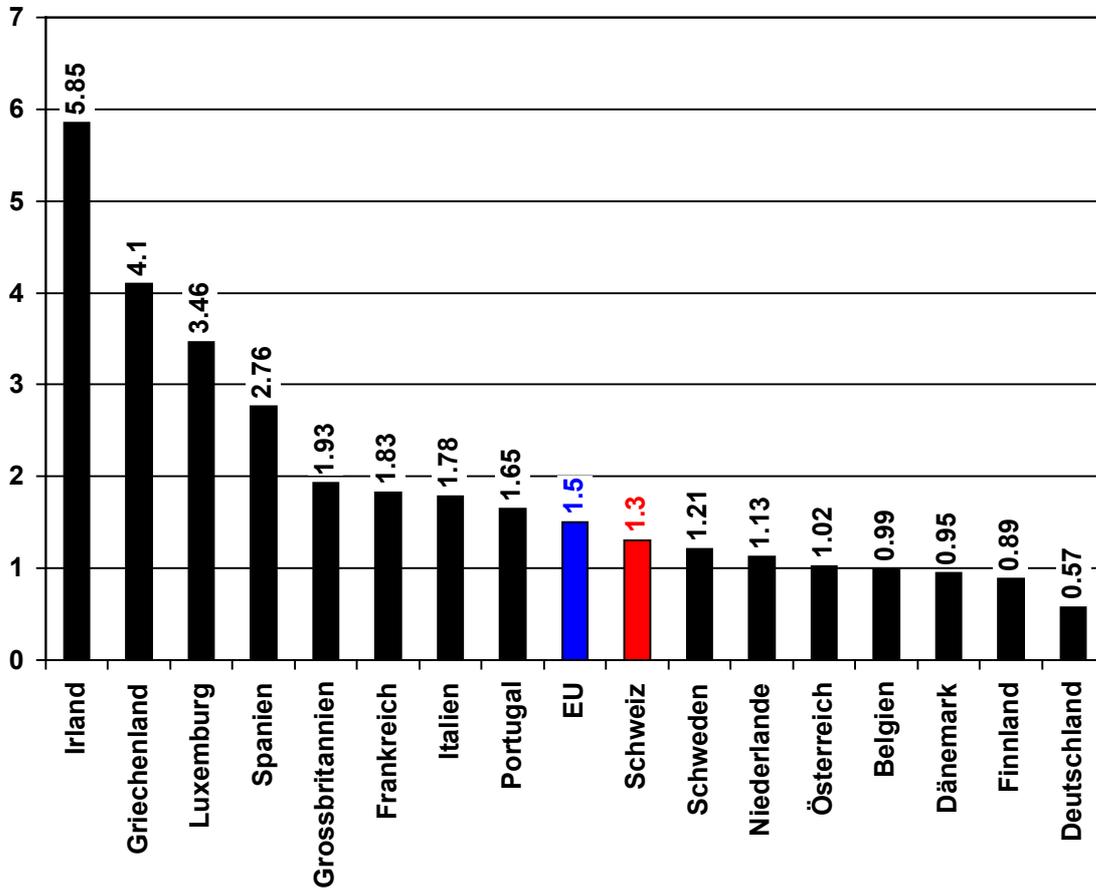
[Quelle: Eurostat, Eurokurs vom 27.11.02]

Luxemburg	63'160
Schweiz	52'130
Dänemark	42'935
Österreich	36'800
Deutschland	36'410
Finnland	35'790
Schweden	35'050
Niederlande	34'740
Belgien	34'630
Frankreich	33'000
Irland	32'610
EU	29'000
Grossbritannien	24'700
Italien	23'450
Spanien	19'900
Griechenland	14'660
Portugal	14'590

Anhang 3: Wirtschaftswachstum 2001 im Vergleich

Wirtschaftswachstum 2001 (in Prozent)

[Quelle: Eurostat, OECD]



Anhang 4: Ausfuhr nach Europa 1990-2000

[Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung]

Ausfuhr nach Europa in Millionen Franken

	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Total	88'256.9	96'236.4	98'588.8	110'417.4	114'054.5	120'724.5	136'014.9
Europa	60'810.5	64'370.4	64'828.5	72'006.5	77'265.6	79'595.1	86'951.7
Total EU	56'601.3	59'980.0	59'866.3	65'946.6	71'069.4	73'795.7	80'033.9
Total EFTA	490.7	512.4	584.8	564.9	724.8	526.4	553.6
davon Norwegen	466.0	494.9	556.1	539.0	661.6	500.7	525.1
Übriges Europa	3'718.5	3'878.0	4'377.4	5'495.0	5'471.4	5'273.0	6'364.2

Anhang 5: Analyse der Option EU-Beitritt durch die Economiesuisse

Analyse der wesentlichen Faktoren aus Wirtschaftssicht:

Die Anzahl Pfeile gibt die Gewichtung in den einzelnen Dossiers an.⁷⁷

- ↗ In diesen Fällen hätte ein Beitritt der Schweiz zur EU positive Auswirkungen
- ↘ In diesen Fällen hätte ein Beitritt negative Auswirkungen
- In diesen Fällen hätte der Beitritt keine besonderen Auswirkungen.

Staatspolitische Fragen / Staatsaufbau	↘
Direkte Demokratie	↘
Föderalismus	↘
Institutionelle Mitwirkung in der EU	→
Zusätzliche Nettobelastung des Bundeshaushalts	↘↘
Warenverkehr	↗
Dienstleistungsverkehr	↗
Kapitalverkehr	→
Personenverkehr	→
Wettbewerbspolitik	→
Geld- und Währungspolitik	↘↘↘
Finanz- und Steuerpolitik	↘↘↘
Sozialpolitik	↘↘↘
Umweltpolitik	→
Bildungs- und Forschungspolitik	→
Energiepolitik	→
Informationsgesellschaft	↗
Agrarpolitik	↗
Bodenpolitik	→
Verkehrspolitik	→
Rechtsfragen	→
Ausländer- und Asylpolitik	→
Innere Sicherheit, Kriminalität	→
Aussen- und Sicherheitspolitik	↘

[Quelle: Economiesuisse, „Standortbestimmung zur schweizerischen Integrationspolitik“, Oktober 2002]

„EU-Beitritt ist derzeit aus wirtschaftlicher Sicht nicht von Interesse:

Nach Inkrafttreten der Bilateralen I drängt sich ein Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union (EU) aus wirtschaftlicher Gründen weniger auf als zuvor. Im Gegenteil: Gemäss eigenen Abklärungen hätte die Übernahme des Acquis communautaire in einigen Gebieten nachteilige Auswirkungen auf die Wirtschaft. ... Die Möglichkeiten des Mitgestaltens als EU-Mitglied werden in der Schweiz insgesamt eher überschätzt, die Möglichkeiten des institutionellen Abseitsstehens eher unterschätzt. ... Letztlich geht es bei der Beitrittsfrage um ein politisches und nicht um ein wirtschaftliches Anliegen.“

[Quelle: Economiesuisse, „Standortbestimmung zur schweizerischen Integrationspolitik“, Punkt 2, Oktober 2002]

⁷⁷ Die Bereiche mit positiver Beurteilung sind entweder von relativer Bedeutung (Stichwort "Informationsgesellschaft") oder werden durch internationale/weltweite Handelsrichtlinien vorweggenommen.

Anhang 6: Zahlungsbilanz

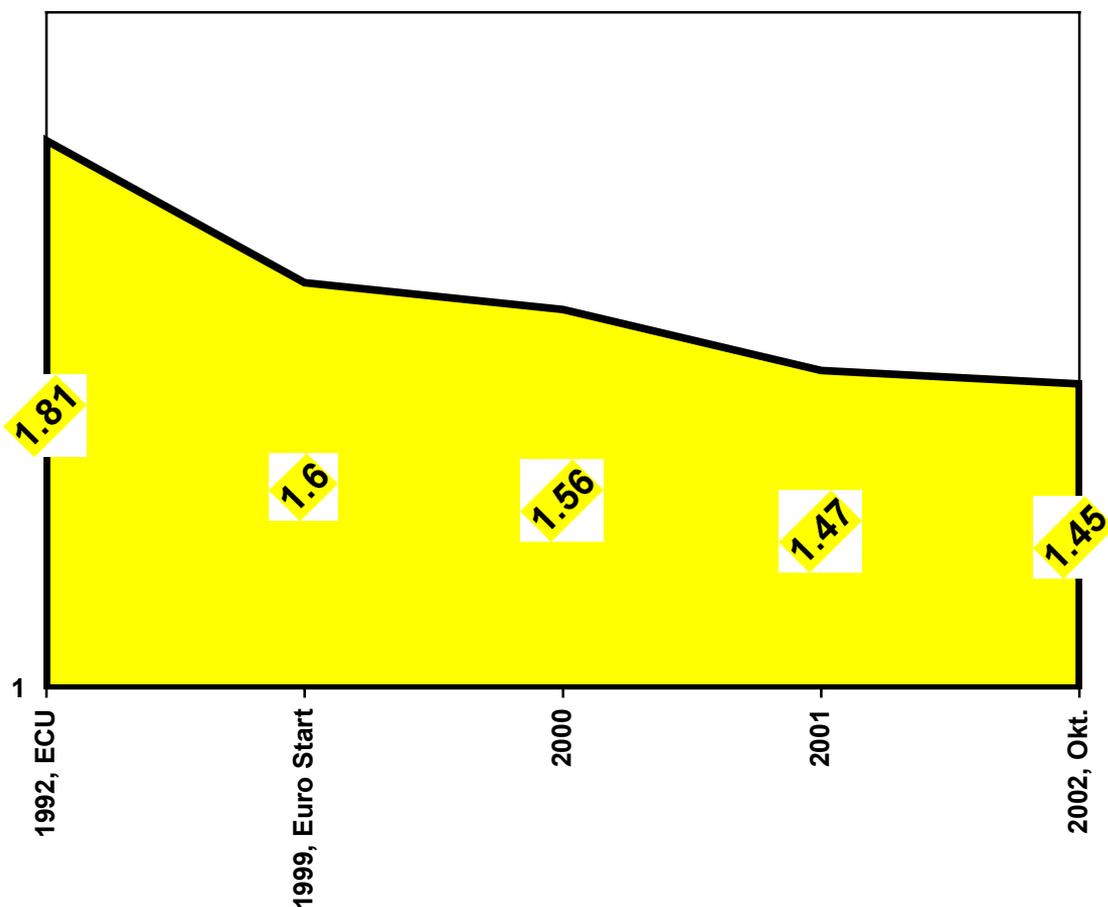
[Quelle: Schweizerische Nationalbank / Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2002]

Komponenten der Zahlungsbilanz in Millionen Franken, zu laufenden Preisen

	1994	1995	1996	1997	1998	1999 r	2000 p
Ertragsbilanz, Saldo	23'878	25'184	27'169	36'970	37'827	43'532	53'220
Waren							
Export	99'387	99'847	102'171	114'215	118'350	125'166	143'546
Import	97'151	98'807	101'024	114'669	120'679	125'442	147'762
Saldo	2'236	1'040	1'147	-454	-2'329	-276	-4'216
Dienstleistungen							
Einnahmen	30'936	30'776	32'445	36'719	38'755	40'868	46'358
Ausgaben	15'300	15'565	17'084	17'786	19'181	20'882	23'010
Saldo	15'635	15'211	15'361	18'933	19'574	19'986	23'348
Arbeits- und Kapitaleinkommen							
Einnahmen	36'582	37'336	40'784	50'891	66'585	75'448	104'172
Ausgaben	25'893	23'387	25'194	27'464	40'667	44'083	63'641
Saldo	10'689	13'949	15'591	23'428	25'918	31'365	40'531
Laufende Übertragungen							
Einnahmen	3'455	3'542	3'659	3'810	4'039	10'157	10'195
Ausgaben	8'137	8'558	8'589	8'748	9'376	17'701	16'639
Saldo	-4'682	-5'016	-4'930	-4'937	-5'336	-7'544	-6'444
Kapitalverkehr (ohne Nationalbank), Saldo	-23'572	-14'295	-38'323	-37'280	-45'314	-54'118	-42'499
Direktinvestitionen, Saldo	-10'157	-11'810	-16'159	-16'104	-14'247	-36'895	-40'594
Schweizerische Direktinvestitionen im Ausland	-14'762	-14'438	-19'964	-25'735	-27'209	-54'005	-69'776
Beteiligungskapital	-11'244	-9'638	-13'106	-13'515	-16'949	-27'648	-53'690
Reinvestierte Erträge	-3'457	-3'711	-6'465	-9'889	-7'203	-18'474	-16'959
Kredite	-61	-1'089	-786	-2'331	-3'058	-7'883	872
Ausländische Direktinvestitionen in der Schweiz	4'605	2'628	3'805	9'631	12'962	17'110	29'182
Beteiligungskapital	249	2'464	1'502	5'966	5'093	7'435	17'928
Reinvestierte Erträge	3'780	825	2'930	1'245	6'501	9'028	8'481
Kredite	576	-661	-627	2'420	1'368	647	2'773
Portfoliointvestitionen, Saldo	-24'894	-4'640	-12'158	-15'537	-6'720	-61'507	-19'863
Schweizerische Portfoliointvestitionen im Ausland	-26'140	-10'505	-28'096	-28'647	-21'576	-70'360	-37'676
Ausländische Portfoliointvestitionen im Inland	1'246	5'865	15'938	13'110	14'856	8'853	17'813
übrige Investitionen, Saldo	12'780	2'004	-6'611	-2'492	-23'240	41'460	11'299
Banken, Saldo	15'176	-9'238	-13'340	-1'191	-16'658	27'501	11'036
Unternehmen, Saldo	-2'039	5'201	2'698	260	-5'442	3'108	-1'517
Öffentliche Hand, Saldo	-41	297	87	461	289	218	-38
übrige, Saldo	-316	5'744	3'944	-2'022	-1'429	10'633	1'818
Veränderung des Nettoauslandstatus der SNB	1'038	3'682	-7'807	-4'912	-236	-1'312	6'659

Anhang 7: Kurs des Euro gegenüber dem Schweizerfranken (Jahresmittel)

[Quelle: SNB]



Anhang 8: Inflationsraten im internationalen Vergleich

[Quelle: SNB, Statistisches Monatsheft August 2002]

Veränderung in % gegenüber Vorjahre	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Schweiz	4.0	3.3	0.9	1.8	0.8	0.5	0.0	0.8	1.6	1
Deutschland	5.1	4.4	2.8	1.7	1.4	1.9	0.9	0.6	1.9	2.5
Frankreich	2.4	2.1	1.7	1.7	2.0	1.2	0.8	0.5	1.7	1.6
Grossbritannien	3.7	1.6	2.5	3.4	2.4	3.1	3.4	1.6	2.9	1.8
Italien	5.3	4.6	4.1	5.2	4.0	2.0	2.0	1.7	2.5	2.8
EU Total	4.5	3.6	3.1	3.1	2.5	2.1	1.8	1.3	2.5	2.5
USA	3.0	3.0	2.6	2.8	2.9	2.3	1.5	2.2	3.4	2.8

Anhang 9: Bruttonozialprodukt (BSP) des Pro-Kopf-Einkommens im Vergleich

Bruttonozialprodukt (BSP) des Pro-Kopf-Einkommens (standardisiert auf US-Dollar)

EU-Länder	1993 US\$	Rang	2000 US\$	Rang	Veränderung absolut in US\$	absolut in %
Luxemburg	37'320	1	42'060	2	+ 4'740	+ 12,7
Schweiz	35'760	2	45'400	1	+ 9'640	+ 27,0
Dänemark	26'730	3	32'280	3	+ 5'550	+ 20,8
Deutschland	23'560	5	25'120	7	+ 1'560	+ 6,6
Österreich	23'510	6	25'220	5	+ 1'690	+ 7,2
Frankreich	22'490	7	24'090	11	+ 1'600	+ 7,1
Belgien	21'650	8	24'540	9	+ 2'890	+ 13,3
Niederlande	20'950	9	24'970	8	+ 4'020	+ 19,2
Schweden	24'740	4	27'140	4	+ 2'400	+ 9,7
Finnland	19'300	11	25'130	6	+ 5'830	+ 30,3
Italien	19'840	10	20'160	13	+ 320	+ 1,6
Grossbritannien	18'060	12	24'430	10	+ 6'370	+ 35,3
Irland	13'000	14	22'660	12	+ 9'660	+ 74,3
Spanien	13'590	13	15'080	14	+ 1'490	+ 11,0
Portugal	9'130	15	11'120	15	+ 1'990	+ 21,8
EU-Durchschnitt	20'080		23'730		+ 3'650	+ 18,2

Quelle: Jahrbuch "Aktuell 2003", Dortmund 2002 / Weltbank / Eurostat

Anhang 10: Jährliches BIP-Wachstum im Vergleich

Internationaler Vergleich - Jährliches Wachstum BIP

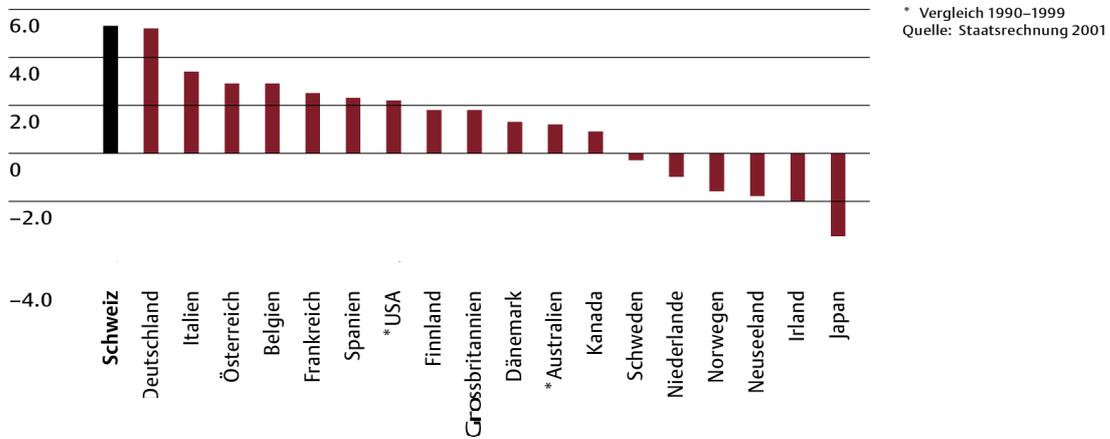
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Durchschnitt 1990-2000
Schweiz	-0.1	-0.5	0.5	0.5	0.3	1.7	2.4	1.6	3	1.7	1.1	1.1
Österreich	2.3	0.4	2.6	1.6	2.0	1.6	3.5	2.8	3	1.2	1.5	2.5
Belgien	1.6	-1.5	2.8	2.6	1.2	3.6	2.2	3	4	1.1	1.4	2.2
Dänemark	0.6	0.0	5.5	2.8	2.5	3	2.8	2.1	3.2	1.3	1.3	2.2
Finnland	-3.3	-1.1	4.0	3.8	4.0	6.3	5.3	4	5.7	0.4	1.2	2.0
Frankreich	1.3	-0.9	1.8	1.9	1.1	1.9	3.5	3	3.4	2	1.6	1.9
Deutschland	2.2	-1.1	2.3	1.7	0.8	1.4	2	1.8	3	0.7	1	2.3
Griechenland	0.7	-1.6	2.0	2.1	2.4	3.6	3.4	3.4	4.3	3.9	4	2.1
Island	-3.3	0.6	4.5	0.1	5.2	4.8	4.6	4	5	1.5	-0.6	2.5
Irland	3.3	2.7	5.8	10.0	7.8	10.8	8.6	10.8	11.5	5.6	3.7	7.4
Italien	0.8	-0.9	2.2	2.9	1.1	2	1.8	1.6	2.9	1.8	1.2	1.6
Luxemburg	4.5	8.7	4.2	3.8	3.6	9	5.8	6	7.5	4	3.4	5.6
Niederlande	2.0	0.8	3.2	2.3	3.0	3.8	4.3	3.7	3.5	1.4	1.6	3.0
Norwegen	3.3	3.1	5.5	3.8	4.9	4.7	2.4	1.1	2.3	1.7	2.1	3.3
Portugal	2.5	-1.1	2.2	2.9	3.7	3.8	3.8	3.3	3.3	1.9	1.8	2.8
Spanien	0.9	-1.0	2.4	2.8	2.4	4	4.3	4.1	4.1	2.7	2	2.8
Schweden	-1.7	-1.8	4.1	3.7	1.1	2.1	3.6	4.1	3.6	1.4	1.6	1.7
Grossbritannien	0.2	2.5	4.7	2.9	2.6	3.4	3	2.1	2.9	2.3	1.7	2.2
Europa	1.4	-0.8	2.3	2.2	1.4	2.3	2.9	2.7	3.5	1.6	1.4	2.2
EU	1.2	-0.3	2.8	2.4	1.7	2.6	2.9	2.6	3.3	1.7	1.5	2.2
Total OECD	2.1	1.4	3.2	2.5	3.1	3.5	2.7	3.1	3.7	1	1	2.7

[Quelle: www.oecd.org]

Anhang 11: Steuerbelastung und Entwicklung der Staatsquote in der Schweiz

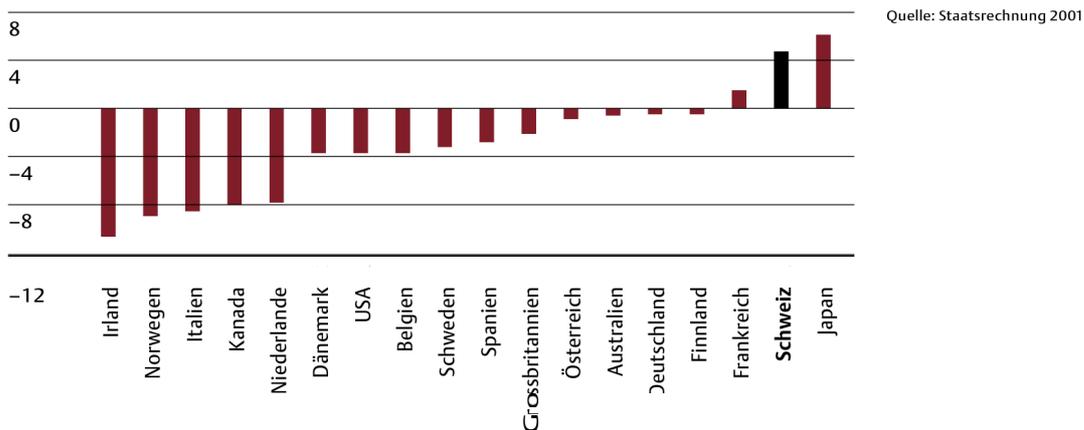
Entwicklung der Fiskalquote im internationalen Vergleich

(1990–2000, in Prozentpunkten des BIP)

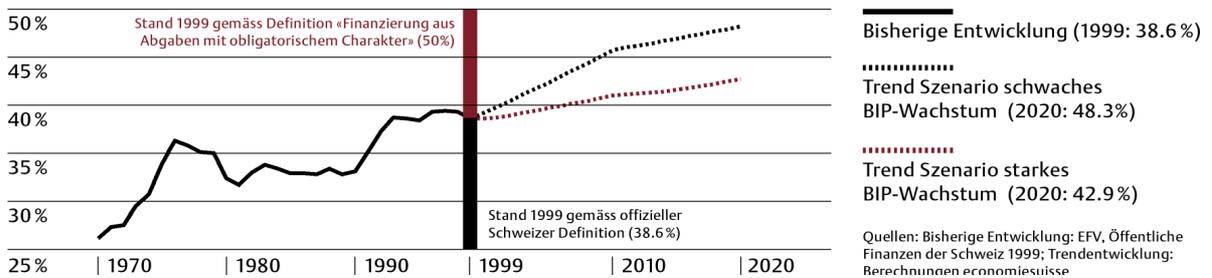


Entwicklung der Staatsquote im internationalen Vergleich

(1990–2000, in Prozentpunkten des BIP)



Entwicklung der Staatsquote 1970–1999 mit Prognosen bis 2020



Anhang 12: Kennzahlen des Bundes

Entwicklung der Kennzahlen des Bundes

Die Kennzahlen des Bundes enthalten weder Zahlen der obligatorischen Sozialversicherung noch der Regiebetriebe

Jahr	Staats- quote	Steuer- quote	Einnahmen- quote	Verschuldungsquote brutto	netto
1980	9,9	8,2	9,3	17,6	11,0
1985	9,9	8,8	9,6	16,5	11,6
1986	9,7	9,5	10,5	15,6	10,8
1987	9,5	9,2	10,0	15,0	10,2
1988	10,1	9,6	10,5	14,4	9,4
1989	9,7	9,0	10,0	13,1	8,8
1990	10,0	9,2	10,3	12,1	7,9
1991	10,6	8,8	10,0	13,2	8,8
1992	11,0	9,0	10,2	16,2	10,5
1993	11,6	8,3	9,4	19,3	12,2
1994	11,6	8,9	10,1	21,2	13,8
1995	11,1	8,9	10,3	22,6	13,5
1996	12,0	9,5	10,8	24,2	16,1
1997	11,9	9,4	10,5	26,2	17,4
1998	12,3	10,6	12,4	28,8	18,0
1999	11,7	10,1	11,1	26,3	21,1
2000	11,7	11,6	12,8	26,7	21,2
2001	12,0	10,4	11,7	25,6	22,7

Kennzahlen in % BIP

[Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung EFV]

Anhang 13: Verschuldung von Bund, Kantonen und Gemeinden

Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden

in Mio. Fr.

Jahr	Bund	Kantone	Gemeinden	Total
1992	55 296	40 759	33 750	129 805
1993	65 970	46 971	35 000	147 941
1994	73 269	51 649	36 000	160 918
1995	79 936	53 436	37 000	170 372
1996	86 011	56 817	37 500	180 328
1997	93 109	60 151	38 000	191 260
1998	105 278	63 197	38 600	207 075
1999	98 404	62 763	38 600	199 767
2000	105 332	64 262	37 900	207 494
2001	105 650	64 900	38 000	208 550

[Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung EFV]

Anhang 14: Lohn und Preisniveau im europäischen Vergleich (2000)

[Quelle: Broschüre "Preise und Löhne rund um die Welt" der UBS, Ausgabe 2000]

Automechaniker mit Lehrabschluss und 5-jähriger Berufspraxis, 25 Jahre alt, ledig		Primarlehrer rund 10-jährige Berufserfahrung im staatlichen Schuldienst, 35 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder		Abteilungsleiter Technischer Betriebsleiter in einem grösserem Unternehmen, langjährige Erfahrung, 40 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder	
Stadt	Nettolohn in Fr.	Stadt	Nettolohn in Fr.	Stadt	Nettolohn in Fr.
Zürich	41'200.--	Zürich	73'900.--	Zürich	113'200.--
Amsterdam	20'800.--	Amsterdam	29'300.--	Amsterdam	61'700.--
Frankfurt	23'500.--	Frankfurt	35'800.--	Frankfurt	50'500.--
London	32'000.--	London	44'000.--	London	56'200.--
Mailand	16'900.--	Mailand	20'900.--	Mailand	26'400.--
Paris	19'400.--	Paris	25'300.--	Paris	62'800.--
Wien	24'400.--	Wien	29'700.--	Wien	57'000.--
Stockholm	26'700.--	Stockholm	29'800.--	Stockholm	48'700.--
Brüssel	17'800.--	Brüssel	23'500.--	Brüssel	51'700.--
Madrid	18'200.--	Madrid	23'900.--	Madrid	33'100.--
Athen	13'100.--	Athen	18'200.--	Athen	39'300.--
Helsinki	19'400.--	Helsinki	27'100.--	Helsinki	45'600.--
Dublin	24'700.--	Dublin	37'300.--	Dublin	51'500.--
Lissabon	11'400.--	Lissabon	20'800.--	Lissabon	29'300.--

Bauarbeiter Angelernter oder ungelernter Arbeiter, 25 Jahre alt, ledig		Verkäuferin Lehre, Damenabteilung eines grossen Warenhauses, einige Jahre Verkaufspraxis, 20-25 Jahre alt, ledig		Ingenieur Hochschulstudium, in einem Industrieunternehmen, 5-jährige Tätigkeit, 35 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder	
Stadt	Nettolohn in Franken	Stadt	Nettolohn in Franken	Stadt	Nettolohn in Franken
Zürich	34'900.--	Zürich	35'200.--	Zürich	78'400.--
Amsterdam	24'200.--	Amsterdam	18'400.--	Amsterdam	42'300.--
Frankfurt	22'200.--	Frankfurt	21'800.--	Frankfurt	45'500.--
London	22'700.--	London	23'200.--	London	45'900.--
Mailand	14'300.--	Mailand	15'300.--	Mailand	33'000.--
Paris	17'000.--	Paris	19'900.--	Paris	52'500.--
Wien	21'200.--	Wien	20'800.--	Wien	48'100.--
Stockholm	28'400.--	Stockholm	24'300.--	Stockholm	41'500.--
Brüssel	20'500.--	Brüssel	17'900.--	Brüssel	40'900.--
Madrid	14'500.--	Madrid	13'600.--	Madrid	34'500.--
Athen	13'700.--	Athen	10'100.--	Athen	25'700.--
Helsinki	20'500.--	Helsinki	18'000.--	Helsinki	36'400.--
Dublin	22'800.--	Dublin	23'400.--	Dublin	44'700.--
Lissabon	8'700.--	Lissabon	9'400.--	Lissabon	35'200.--

Facharbeiter 10-jährige Praxis in grösserem Unternehmen der Metallbranche, 35 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder		Kreditsachbearbeiter Banklehre, 10-jährige Berufspraxis, 35 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder		Sekretärin Sekretärin eines Abteilungsleiters, 5-jährige Praxis, eine Fremdsprache, 25 Jahre alt, ledig	
Stadt	Nettolohn in Franken	Stadt	Nettolohn in Franken	Stadt	Nettolohn in Franken
Zürich	57'300.--	Zürich	83'000.--	Zürich	47'300.--
Amsterdam	29'800.--	Amsterdam	28'300.--	Amsterdam	23'600.--
Frankfurt	28'000.--	Frankfurt	40'500.--	Frankfurt	27'000.--
London	36'500.--	London	45'000.--	London	34'400.--
Mailand	18'600.--	Mailand	27'600.--	Mailand	15'900.--
Paris	23'300.--	Paris	50'400.--	Paris	24'400.--
Wien	32'100.--	Wien	36'700.--	Wien	26'900.--
Stockholm	31'300.--	Stockholm	30'100.--	Stockholm	25'900.--
Brüssel	28'600.--	Brüssel	32'600.--	Brüssel	23'800.--
Madrid	17'700.--	Madrid	22'500.--	Madrid	19'100.--
Athen	17'300.--	Athen	18'800.--	Athen	14'500.--
Helsinki	27'200.--	Helsinki	23'800.--	Helsinki	21'100.--
Dublin	31'200.--	Dublin	34'700.--	Dublin	25'900.--
Lissabon	14'600.--	Lissabon	33'400.--	Lissabon	12'100.--

Miete 3-Zimmer-Wohnung, unmöbliert, inkl. Nebenkosten mit ortsüblichem Komfort in Stadtnähe, monatlich				Preisniveau Warenkorb mit 111 Gütern und Dienstleistungen sowie mit 3 Mietpreisen, Zürich = 100 Prozentpunkte	
Stadt	teuer	mittel	billig	Stadt	
Zürich	2'700.--	1'900.--	1'400.--	Zürich	100
Amsterdam	2'920.--	1'880.--	1'200.--	Amsterdam	77
Frankfurt	1'760.--	1360.--	1'260.--	Frankfurt	78
London	6'110.--	4'070.--	2'040.--	London	110
Mailand	2'090.--	1'340.--	1'020.--	Mailand	72
Paris	2'340.--	1'620.--	1'280.--	Paris	85
Wien	1'700.--	1'360.--	1'140.--	Wien	82
Stockholm	1'430.--	1'000.--	780.--	Stockholm	97
Brüssel	1'160.--	970.--	770.--	Brüssel	72
Madrid	1'880.--	1'220.--	850.--	Madrid	74
Athen	1'110.--	880.--	600.--	Athen	63
Helsinki	1'420.--	1'100.--	960.--	Helsinki	82
Dublin	1'690.--	1'450.--	1'290.--	Dublin	75
Lissabon	1'170.--	940.--	780.--	Lissabon	56

Anhang 15: Begriffsbestimmungen

Bruttoinlandprodukt (BIP):

Die Summe aller von In- und Ausländern innerhalb einer Volkswirtschaft für den Endverbrauch produzierten Güter und erbrachten Dienstleistungen.

Das BIP umfasst den Geldwert aller im Jahr erzeugten Waren und Dienstleistungen. Berücksichtigt werden nur statistisch erfassbare Daten; unbezahlte Hausarbeit, Schwarzarbeit oder Umweltschäden werden im BIP nicht erfasst.

Das BIP enthält also alle Leistungen, die im Inland entstanden sind und für die Einkommen an Ausländer fließen, nicht aber entsprechende Einkommen, die Inländer aus dem Ausland beziehen.

Bruttosozialprodukt (BSP):

Jährliche von den Einwohnern eines Staates erbrachte volkswirtschaftliche Gesamtleistung. Sie setzt sich zusammen aus dem BIP sowie den von Inländern im Ausland aus Arbeit und Kapital erwirtschafteten Einkommen, abzüglich der von Ausländern im Inland bezogenen Einkommen.

Economiesuisse:

Dachverband der Schweizer Wirtschaft.

EFTA:

Europäische Freihandelsassoziation. Mitglieder: Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz.

EG:

Die Europäische Gemeinschaft repräsentiert bis heute die Rechtsperson der EU.

EU:

Mit Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Union am 1.11.1993 spricht man von der Europäischen Union.

OECD:

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Steuerquote:

Steuer und steuerähnliche Abgaben in Prozent des Bruttoinlandproduktes desselben Jahres.

Staatsquote:

Die Staatsquote bezieht sich auf die Ausgabe des Sektors der öffentlichen Haushalte, der die Finanzströme des Bundes, der Kantone und der Gemeinden umfasst. Hinzu kommen diejenigen Finanzströme der AHV, der IV, der EO, der Suva und der Arbeitslosenversicherung sowie die Familienzulagen in der Landwirtschaft.